

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Einjahrespreis: 1,10 RM pro Monat. Einjahrespreis in die Post-Zeitungs-Preiskategorie. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1894.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltene Kolonelle ober deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beitritt- und Vernehmlichungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgebundene Wort 30 Pf. (zweiwöchentlich gebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interaktion für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 31. Juli 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Reichen und die Revolution.

Während die Besitzenden im Deutschen Reich ob der geringen Belastung, die ihnen Mehrbeitrag und Vermögenszuwachssteuer auferlegen, entrüstet toben und sich bereits in den „sozialistischen Zukunftsstaat“ versetzt wähnen, ist es nicht uninteressant, in der Geschichte einmal um hundertzwanzig Jahre, von 1913 auf 1793, zurückzugehen und zu schauen, wie in wirklich revolutionären Zeiten die Reichen angepaßt wurden.

Allerdings ist ja die große französische Revolution in ihrer Weisheit eine Revolution der Kapitalisten, aber sie weist doch Streden auf — und das sind gerade die revolutionärsten Zeitläufte —, da andere Volksschichten ihren Gang entscheidend beeinflussen. Solange die Konstituante das Revolutionsparlament war, ging es den Besitzern mobilen Vermögens über die Maßen wohl. Die Kapitalisten waren gerade die Schöpfkinder der Konstituante. Trat ihnen, vor allem auf der feudal-agrarischen und antikapitalistischen Rechten der Versammlung, irgendwer zu nahe, so sprang sofort Mirabeau, der bejubelte Wortführer des dritten Standes, gleich einem brillanten Löwen auf und griff die Mahnung in den Saal, doch die leeren Deklamationen gegen Finanziers, Geschäftsleute, Bankiers und Kapitalisten zu unterlassen. Seine Partei brandmarkte auch jede Steuer, die Arbeit und Industrie entnützte, als eine Verletzung der Menschenrechte, und so mühte sich denn die Konstituante bei Beratung der Steuerfrage, ängstlich die Menschenrechte des Kapitalprofits zu schützen. Der Vorschlag einer Rentensteuer, der zu verschiedenen Malen aufstach, wurde jedesmal unbarmherzig abgelehnt, und bei der Mehrheit der Versammlung hatte der Plan einer Luxussteuer ebensowenig Glück, da sie viele wichtige Industriezweige mit dem Ruin zu bedrohen schien. In der Frage der direkten Steuern war überhaupt jener Delegierte des zweiten Standes ein weißer Rabe, der eine wirklich gerechte progressive Einkommensteuer vorschlug: kleine Einkommen ließ sie frei, mit fünf v. H. wollte sie die über zweitausend, mit zehn v. H. die über zehntausend Livres jährlich treffen. Aber das Bourgeoisparlament ging über diesen Antrag zur Tagesordnung über, da es, wie es seinem antifeudalen und antiagrarischen Wesen entsprach, entschlossen war, dem Grundbesitz alle Lasten aufzubürden. In der Tat wurde eine Grundsteuer angenommen, deren Ertrag man für 1791 auf 300 Millionen Livres einschätzte. Die sogenannte Mobilitätssteuer dagegen, die dem beweglichen Vermögen der Bourgeoisie galt und in der Hauptsache nach der Höhe der Wohnungsmiete bestimmt wurde, sollte wenig über ein Fünftel dieser Summe abwerfen.

Als die Konstituante abhandte, sah sich die Legislative, unter dem Druck der stets steigenden Finanzmiserie, gezwungen, die Besitzenden schärfer zu den Staatslasten heranzuziehen. Von einem Sechstel des Jahreseinkommens wurde der Höchstbetrag der Grundsteuer auf ein Fünftel heraufgesetzt, und das bewegliche Vermögen traf ein Dekret, das Wertpapiere beim Besitzwechsel einer Stempelsteuer unterwarf, wie ein anderes, das vorläufig nur mehr staatliche Schuldverpflichtungen unter 10 000 Livres zurückgekehrt wissen wollte.

Aber erst der Nationalkonvent legte sich mit seiner Steuerpolitik in einer Weise ins Zeug, daß den dicken Geldbeuteln anfang, Angst und bange zu werden. Die Jakobiner, die bald im Konvent den Ton angaben, waren von einem ebenso unhistorischen wie grimmigen kleinbürgerlichen Haß gegen die Besitzer großer Vermögen erfüllt. Die erträumte Welt der kleinbürgerlichen Revolutionspartei war mit lauter mittleren Existenzen bevölkert, die, unbehelligt von dem kapitalistischen Kampf ums Dasein, ihr Lagerort besorgten und Alltags ihren Tabak in der Pfeife und Sonntags ihr Duhn im Topfe hatten. Diese kleinbürgerliche Zölle setzte eine Ausgleichung des Besitzes voraus, aber was die Jakobiner damit anstrebten, war nicht etwa ein revolutionäres Ziel der Zukunft, das auf der Linie der Entwicklung lag, sondern eine reaktionäre Erstarrung der Vergangenheit, die durch keine Mittel zu bewirken war. Freilich waren diese Mittel radikal genug, und die Kapitalisten schrien Jeter und Mordio, als sie von den neuen Nacht-habern unanfang angepaßt wurden. Mit dem System der Konstituante, Schröpfung des Grundbesitzes und Schonung des beweglichen Vermögens, war es vorbei. Von der Feststellung ausgehend, daß dieses jenem an Wert zum mindesten gleichkomme, schlug Vernier als Berichterstatter des Finanzausschusses eine Progressivsteuer vor, die den Ueberfluß des Reichen treffen und das Bedürfnis des Armen schonen sollte. Nach der Stufenfolge, die er gleichzeitig in einer Broschüre aufstellte, sollten von 12 000 Livres Einkommen 318, von 36 000 1649, von 48 000 2644 Livres Steuer erhoben werden. Die Einkommensteuer, die der Finanzausschuß dem Konvent vorlegte, griff beträchtlich schärfer zu. Die Progression, die bei 1000 Livres jährlichem Einkommen begann, stieg in folgender Weise:

Einkommen:	Steuer:
10 000 Livres	320 Livres
20 000	1 095
30 000	2 870
40 000	4 145
60 000	9 195
80 000	16 245
100 000	25 295
150 000	50 295
200 000	75 295

Das bedeutet innerhalb dieser Einkommensgrenzen eine Staffelung von 3,2 Proz. bis zu 37 Proz.!

Aber während der Konvent die Beschlußfassung über diesen Vorschlag noch aussetzte, ging die Kommune, der revolutionäre Gemeinderat von Paris, in dem der kleinbürgerliche Radikalismus fast unumschränkt herrschte, mit gutem Beispiel voran und beschloß eine Zwangsanleihe von 12 Millionen Livres auf folgendem Wege einzutreiben. Für jeden Familienbater wurde ein Existenzminimum von 1500, für jedes Familienmitglied eins von 1000 Livres jährlich festgesetzt. Von dem Ueberfluß darüber hinaus waren zu entrichten

von 1 000—2 000 Livres	30 Livres
2 000—3 000	50
3 000—4 000	100
4 000—5 000	200
5 000—10 000	1 000
10 000—15 000	2 250
15 000—20 000	5 000
20 000—30 000	10 000
30 000—40 000	18 000
40 000—50 000	20 000
über 50 000	Alles!

Das schmeckte schon eher nach Konfiskation, denn es betrug, daß eine Familie von vier Köpfen mit einem Jahreseinkommen von 200 000 Livres nicht weniger als 144 500 Livres an die Kommune abzuführen hatte.

Aber es kam noch besser! Eine Zwangsanleihe, die das Departement Gervault ausgeschrieben hatte, wurde von Danton als Vorbild gefeiert mit der Ankündigung, daß man auch in dem übrigen Frankreich „den Schwamm ausdrücken“ werde. Bald kam denn der Finanzminister Cambon mit dem Plan einer „Bürgeranleihe“ von einer Milliarde Livres. Vergewaltigt standen von den Vätern der Gironde die Gegner des Vorschlags auf, vergebens suchte Buzot die Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit darzutun und warnte vor einer Abschredung der Kaufleute und Fabrikanten von der Sache der Revolution, der Konvent beschloß die Anleihe, die von einem Jahreseinkommen von 3000 Livres schon 600 heischte und niemandem mehr als 4500 Livres Einkommen ließ, so wirklich die Einkünfte zu einer gewissen „Gleichheit“ zurechtzustudeln.

Aber wenn es den geängstigten Kapitalisten auch schien, als gingen diese Dekrete und Gesetze wie eine Flutwelle zerstörend über jeglichen Besitz hin, so ragte doch am Ende das Prinzip des unantastbaren Privateigentums wie ein starrer Fels aus den schäumenden Wogen auf. Bei der Beratung der Zwangsanleihe mahnte Robespierre zu einer Schonung der mittleren Vermögen und Roul warnte vor einer zu weitgehenden Progression, geeignet, Frankreich einer peinlichen Umwälzung in der Verteilung der Kapitalien auszufehen, auf denen doch die der arbeitenden Klasse nötige Tätigkeit ruhe. Entscheidender aber war, daß Goussier's Vorschlag, auch das Kapital zur Zwangsanleihe heranzuziehen, eine blühende Ablehnung erfuhr. Als Melarmé erklärte, das Kapital treffen, heiße das Eigentumsrecht verletzen, erscholl auf allen Bänken lauter Beifall — selbst wo sie kleinbürgerliche Strudel aufwarf, blieb es doch eine kapitalistische Revolution.

Beginn der Bukarester Friedenskonferenz.

Die Verhandlungen, die den mazedonischen Krieg beenden sollen, haben in Bukarest begonnen. Die Unterhändler haben beschlossen, ihre Beratungen geheim zu halten. Das wird natürlich nicht hindern, daß die Sensationspresse wie die großen Blätter, die um jeden Preis „Informationen“ bringen wollen, allerlei Nachrichten und Kombinationen „aus guter Quelle“ in die Welt lancieren werden. Alle diese Meldungen sind also mit kritischer Zurückhaltung aufzunehmen.

Obwohl ein Waffenstillstand nicht abgeschlossen wurde, will man offenbar doch die Feindseligkeiten während der Verhandlungen ruhen lassen, soweit sich die Militärs auf dem Kriegsschauplatz von den Diplomaten Vorschriften machen lassen. Ob die Gerüchte, nach denen es auch schon zu Differenzen zwischen Serben und Griechen gekommen sei, auf Wahrheit beruhen, läßt sich noch nicht feststellen.

Alle Welt erwartete am Donnerstag von der Votschafterkonferenz in London wichtige Entschlüsse gegen das Vorgehen der Türkei. Die Erwartung wurde aber gründlich getäuscht. Die Herren in London haben sich lang und breit über die Verfassung des autonomen Albaniens unterhalten, haben dafür gesorgt, daß vor allem die so eminent wichtige Gendarmeriefrage für dieses famose und vielversprechende neue Staatswesen geregelt werde, um die Frage der Maßnahmen gegen die Türkei sind sie aber herumgegangen wie die Rage um den heißen Brei. Die offiziöse Presse der einzelnen Großmächte versichert, aber nach wie vor, daß ihre Regierungen „einig“ seien. Diese so hilflose und unfruchtbare „Einigkeit“ gibt den Konjunkturalpolitikern und Vörseninteressenten reichlich Stoff, über das thrakische Problem tief-sinnige oder auch sehr berechnende Betrachtungen anzustellen.

Die Aussichten der Bukarester Konferenz.

Bukarest, 30. Juli. Die Delegierten haben beschlossen, über den sachlichen Inhalt der Sitzung keine Mitteilungen an die Presse gelangen zu lassen. Ueber die Besprechungen der Delegierten untereinander verlautet, daß vor allem die Einstellung der Feindseligkeiten vor dem Beginn der Konferenz erörtert worden sei. In dieser Beziehung wirkte die Ankunft des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos maßgebend auf die Ansprüche Serbiens, so daß gehofft wird, daß die Konferenz nicht unter Kanonendonner eröffnet werden wird. Die Verbündeten erklären, daß sie ihre Bedingungen gemeinsam stellen und es dadurch den Bulgaren unmöglich machen würden, mit einem allein Frieden zu schließen. Die allgemeine Stimmung in bezug auf den voraussichtlichen Verlauf und die Dauer der Konferenz ist günstig. Es besteht die Hoffnung, daß man in zehn bis vierzehn Tagen am Ziele sein werde.

Da das Blatt „Universal“ den Sinn eines von Spalickowitsch, Mitglied der serbischen Mission, gewährten Interviews entfleckt wiedergegeben hatte, haben die Bevollmächtigten beschlossen, zukünftig jedes Interview zu verweigern.

Waffenstillstand?

Bukarest, 30. Juli. (Meldung der Agence Roumaene.) Der erste Beratungsgegenstand der Konferenz wird die Frage eines kurzen, den Friedenspräliminarien vorausgehenden Waffenstillstandes sein, der die drei kriegführenden Mächte geneigt an sein scheinen.

Die Londoner Votschafterkonferenz.

London, 29. Juli. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wurde in der heutigen Sitzung der Votschaftervereinigung, die drei Stunden dauerte, die Frage des albanischen Status endgültig geregelt. Albanien soll von einem Fürsten regiert werden, der innerhalb von sechs Monaten ernannt werden wird. Inzwischen soll die Verwaltung Albaniens organisiert werden. Zu diesem Zweck entsenden die Mächte eine Kommission, bestehend aus einem Vertreter Albaniens und je einem Vertreter jeder Macht, die die Grundzüge der Gemeindeverwaltung und der anderen Arten der Verwaltung, die jetzt schon im Lande bestehen, kennen lernen und dann die Mächten Vorschläge für die künftige Organisation machen soll. Die Kommission soll sobald als möglich zusammentreten. Die Gendarmerie soll von schwedischen Offizieren befehligt werden. Die Mächte werden die schwedische Regierung bitten, einen höheren Offizier zu ernennen, der die Kommission nach Albanien begleiten soll, um festzustellen, wie viele Offiziere nötig sein werden. Die Votschaftervereinigung wird sich in der nächsten Sitzung am Freitag mit der Frage der Südgrenze Albaniens beschäftigen.

Die Frage des türkischen Vormarsches wurde in der heutigen Sitzung nicht angeschnitten, aber sie bildete nachher den Gegenstand besonderer Besprechungen zwischen den Votschaftern. Wie versichert wird, hat sich die Lage in bezug auf ein gemeinschaftliches Vorgehen nicht geändert.

Wie die Agenzia Stefani aus London meldet, erledigte die Votschaftervereinigung in ihrer heutigen Sitzung auch die Frage der finanziellen Unterstützung Montenegros und setzte das offizielle Protokoll fest, durch das der Zugang Serbiens zum Adriatischen Meere geregelt wird.

Eine englische Warnung an die Türkei.

London, 30. Juli. Im Unterhaus erklärte Parlamentssekretär Acland, daß die Frage der Wiedereroberung Thraziens durch die Türken von allen Mächten in Erwägung gezogen werde. Die englische Regierung schloge keine Sonderaktion vor, aber die türkische Regierung sei im Anschluß an den Einfall der türkischen Truppen in Bulgarien gewarnt worden, da England sie nicht vor den Folgen schützen könne, die sich aus einem gewaltsamen Vorgehen unmittelbar für sie ergeben würden.

Vom Kriegsschauplatz.

Belgrad, 30. Juli. Das serbische Pressebureau ist ermächtigt, zu erklären, daß die bulgarischen Meldungen über angebliche Siege der Bulgaren bei Kotschana vom 20. bis 23. Juli sowie besonders über eine Durchbrechung des Zentrums der serbischen Armee gänzlich unbegründet sind, daß das selbst zwar täglich von Bulgaren herborgerufene Kämpfe stattfinden, daß aber diese bulgarischen Angriffe bis jetzt immer erfolgreich abgewiesen worden sind und daß die serbische Armee ihre Positionen unverändert inne hat, ja sogar stellenweise, durch bulgarische Angriffe veranlaßt, im Vorrücken begriffen ist.

Die Serben vor Widin.

Belgrad, 30. Juli. Das hiesige Pressebureau meldet: Die serbischen Truppen, die vor Widin selbst eingetroffen sind, haben die Einschließungslinien geschlossen und das Dorf Zapartchij, drei Kilometer von der Stadt entfernt, besetzt. Von den serbischen Stellungen aus sah man, doch in Widin die weiße Flagge gehißt wurde, aber der Feind entschloß sich dennoch, die Stadt bis auf das Äußerste zu verteidigen. Die serbischen Stellungen an der alten Grenze wurde heute von den Bulgaren angegriffen, wie in den letzten drei Tagen die serbischen Positionen in der Nähe von Blässina. Aber alle ihre Angriffe wurden zurückgewiesen.

Kriegsgrenze.

Sofia, 29. Juli. Wie die Agence Bulgare meldet, haben die einzelnen Kommandostellen der Armee an das Hauptquartier Be-

richte über die von regulären griechischen und serbischen Truppen begangenen Plünderungen, Mäuerereien und Massaker erfaßt, an denen manchmal auch muslimanische Banden teilgenommen haben. Diese Verbrechen zählen insbesondere mehr als 70 Dörfer auf, die in den verschiedenen bulgarischen Bezirken in Brand gesteckt wurden und deren gesamte Bevölkerung, soweit sie nicht befliehen vermochte, in den Flammen marodiert.

Der türkische Thronfolger in Adrianopel.

Konstantinopel, 30. Juli. Der Thronfolger und Prinz Bjoeddin sind gestern vormittag in Adrianopel eingetroffen. Sie wurden von dem Wali, den Zivil- und Militärbehörden, den geistlichen Oberhäuptern und den Notabeln empfangen. Truppen erwiesen Ehrenbezeugungen; die Bevölkerung bereitete den Brüdern einen begeisterten Empfang. Der Thronfolger hielt eine Rede, in der er sagte: Es war schmerzhaft für uns, Adrianopel, die zweite Hauptstadt der Türkei, die von meinem Ahnherrn erobert worden ist, in die Hände des Feindes fallen zu sehen. Ich danke Gott, daß die Stadt durch den Mut unserer Armee wiedererobert ist. — Am Nachmittag fand unter Vorsitz des Rusti eine Versammlung statt, die dem Wunsch der Bevölkerung Ausdruck verlieh, daß Adrianopel der Türkei verbleibe. — Der Thronfolger telegraphierte an den Sultan: Es ist unmöglich, die Freude der Osmanen Adrianopels zu beschreiben, daß sie die heilige Stadt gerettet und dem Feinde wieder abgenommen haben.

Griechische Verwaltungsmassnahmen in Mazedonien.

Saloniki, 30. Juli. (Meldung der Agence d'Athènes.) Nach telegraphischen Meldungen aus Kavalla und Serres weigern sich dort die Banken und Kaufleute, bulgarisches Geld anzunehmen, da sie seinen Umlaufwert nicht kennen. Türkisches und griechisches Geld ist nicht vorhanden, so daß der Handel stark leidet. Mehrere Versionen sind außerstande, sich Lebensmittel zu verschaffen, weil sie nur bulgarisches Geld besitzen. Deshalb hat der Generalgouverneur von Mazedonien dem Kommandanten von Kavalla den Befehl erteilt, bulgarisches Geld bei der Bezahlung von Gebühren anzunehmen, und zwar mit einer Kurserhöhung von 20 Proz., was dem wirklichen Werte des bulgarischen Geldes auf dem Markte von Saloniki entspricht.

Politische Uebersicht.

Klerikale Kompromisspolitik.

Die „Köln. Volksztg.“ veröffentlichte bekanntlich vor kurzem einen Artikel mit der Ueberschrift „Falsche Wege“, in dem sie auf die Vorwürfe der konservativen Presse darüber, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages mit den Liberalen paktiert hat, mit einer deutlichen, wenn auch formell recht milden Kritik der taktischen Fehler der konservativen Parteileitung antwortete. Da die leitenden konservativen Blätter, wie die „Kreuz-Ztg.“ und die „Deutsche Tagesztg.“, war einiges Beachtenswertes in dem Artikel fanden, im ganzen aber die Kritik des hachemittischen Organs ablehnten, kommt die „Köln. Volksztg.“ (Nr. 652) in einem neuen Artikel auf einzelne ihrer früheren Aeußerungen zurück und legt dann dar, welche Stellung in nächster Zeit das Zentrum zu den Konservativen und Nationalliberalen einzunehmen gedenkt. Entlasten diese Darlegungen auch in der Hauptsache nichts Neues, so sind sie doch recht kennzeichnend dafür, wie das Zentrum die gegenwärtige politische Lage und sein Verhältnis zu dieser auffaßt:

„Unsere Stellung zu den Konservativen ist eine gegebene, auch nach der letzten parlamentarischen Aktion im Reichstage, bei der die Konservativen gegen uns stimmten. Wir werden jederzeit in kulturellen Fragen ein Zusammengehen mit den Konservativen suchen müssen; leider haben allerdings in letzter Zeit die Konservativen auch in diesen Fragen zuweilen die Zuverlässigkeit vermissen lassen. Wir erinnern nur an die Frage des Religionsunterrichtes in den Fortbildungsschulen. Auch in wirtschaftlichen Fragen werden wir uns meistens mit den Konservativen zusammensuchen, soweit sie nicht von Kur-Agrariern zu unerfüllbaren Forderungen getrieben werden. Auch beim nächsten Zolltarif werden wir wie beim letzten zweifellos an der Seite der Konservativen dafür arbeiten, daß beim Abschluß der neuen Handelsverträge das nationale Wirtschaftsleben in Deutschland gestützt und gegen sprunghafte Kräfte des Auslandsmarktes sichergestellt ist.“

In mancherlei anderen Fragen werden wir, wie schon in früheren Zeiten, so auch in Zukunft mit den Liberalen zusammengehen können und müssen, um die gesunde fortschrittliche Weiterentwicklung unseres Staats- und Wirtschaftslebens zu fördern. Daraus ergibt sich schon unsere Stellung zum Liberalismus. Auch mit dem Liberalismus werden wir manche Straße Weges in der Politik gemeinsam gehen können, so in der Wirtschaftspolitik, sofern es nicht dem Handelsbündnis, dem Bund der Industriellen, dem Bauernbund und anderen liberalen Hilfsorganisationen gelingt, den Liberalismus immer weiter nach links in das Gotheinische Wasser des Freihandels zu ziehen. In politischen Fragen mit dem Liberalismus zu gehen, wird allerdings immer schwerer, je enger sich der Liberalismus mit der Sozialdemokratie verbindet und je schroffer er seine Kompromisspolitik über alles setzt.“

In allen kulturellen Fragen, so erklärt die „Köln. Volksztg.“ weiter, stände freilich das Zentrum im schärfsten Gegensatz zum Liberalismus — wenigstens so lange, als dieser gegen den Katholizismus (soll heißen: gegen die Anfrüchte der römischen Kurie und des Klerus) und die „positive Religion“ kämpft.

Doch noch in anderer Hinsicht ist der Artikel des rheinischen Zentrumsblattes interessant — nämlich insofern, als er offen zugibt, daß das Zentrum auf die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen völlig Verzicht leistet und künstlich nur solche „Wahlreformen“ fordern und im preussischen Abgeordnetenhaus befürworten wird, über die es sich vorher mit den Konservativen verständigt hat. Daß das nur „Reformen“ sein können, die an dem heutigen Dreiklassenwahlrecht so gut wie nichts ändern und die jetzigen Machtverhältnisse der herrschenden Parteien im wesentlichen unberührt lassen, ist selbstverständlich. Das klerikale Kölner Blatt meint nämlich:

„In der preussischen Wahlrechtsfrage müßte es unseres Erachtens möglich sein, daß die drei größten Parteien, die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen, sich „außerparlamentarisch“ auf gewisse Richtlinien einigten, um das Dreiklassenwahlrecht in ein modernes umzuwandeln. So wenig es möglich ist, im Reiche ohne die schärfsten, unüberwindlichen Kämpfe das Reichstagswahlrecht zu ändern, ebenso unmöglich wird es sein, wie die Dinge heute liegen, über den Kopf und gegen den Willen der

Konserverpartei mit einem Gewaltstreik das preussische Wahlrecht radikal umzugestalten. Wer die Verhältnisse in Preußen und namentlich in der preussischen Verwaltung kennt, wird uns darin zustimmen. Darum hat das Wort der Regierung einige Berechtigung, daß sie keinen weiteren Wahlrechtsvorschlag mehr an das Haus bringt, bevor sich nicht die großen bürgerlichen Parteien wenigstens über die Richtlinien einer Wahlrechtsänderung einig geworden sind.“

Die Berufungsoverhandlung über das Erfurter Schreckensurteil verschoben!

Wie wir schon erfahren, ist der Prozeß gegen die in Erfurt zu schweren Strafen verurteilten Feiertagisten, der am 1. August vor dem Oberkriegsgericht Kassel als Berufungsinstanz verhandelt werden sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Ueber die Ursachen der Verzögerung ist nichts Näheres bekannt.

Moloch Militarismus.

Wer glaubte, daß mit der Durchführung der neuen großen Militärvorlage vorläufig alle Wünsche der Militaristen erfüllt sein würden, der täuscht sich. Kürzlich wurden bestimmte Andeutungen über eine neue Heeresvorlage, die bereits in Bearbeitung sei gemacht. Das sllliche Dementi folgte sofort; aber bald darauf traten die Militaristen mit neuen Wünschen an die Defensionskommission im Interesse der Wehrfähigkeit des Vaterlandes selbstverständlich unbedingt notwendig sein soll. Es wird der Wunsch nach größeren Übungsplätzen laut. Eine militärische Korrespondenz meldet:

„Ein neuer Truppenübungsplatz mit dem bisher größten Areal von 10 000 Hektar soll im Osten des Reiches beschafft werden, das das 1. 2. und 17. Armeekorps noch über keinen Truppenübungsplatz verfügen. Es würde dies der bei weitem umfangreichste Übungsplatz innerhalb des Deutschen Reiches sein, da die Plätze im Durchschnitt nur 4—5000 Hektar umfassen. Eine Ausnahme bildet nur der dem dritten bayerischen Korps zugeteilte Übungsplatz Grafenwöhr, Bezirk Ingolstadt, der eine Fläche von etwa 6000 Hektar umfaßt. Die Größe des neu zu schaffenden Truppenübungsplatzes ergibt sich aus der Notwendigkeit, künftig auch Divisionen auf dem Gelände üben zu lassen, das im übrigen Unterkünfte für zwei Infanterie-Regimenter und eine Kavallerie- oder Artillerie-Brigade aufweisen muß. Die Notwendigkeit, derartigen großen Truppenmassen auf den Übungsplätzen Selbsteigenheit zur Betätigung zu geben, bringt die Notwendigkeit mit sich, auch die übrigen Truppenübungsplätze nach Möglichkeit zu erweitern bzw. bei Ankauf von geeignetem Gelände auf eine derartige Ausdehnung Rücksicht zu nehmen. Im Westen haben das 18. und 21. Armeekorps noch keine eigenen Truppenübungsplätze, doch ist zu erwarten, daß für eins der beiden Korps in nicht ferner Zeit ein Platz angekauft wird, zu welchem Zwecke jetzt bereits Schritte eingeleitet sind. Für das 14. und 15. Korps sind bew. werden bekanntlich die Truppenübungsplätze Heuberg und Orb eingerichtet, deren Erwerb in eine frühere Zeit fällt, da sie nur etwa 4000 bis 4800 Hektar groß sind. Das Nichtvorhandensein der durchaus nötigen Übungsplätze für jedes Korps hat zur Folge, daß die Ausbildung der Truppen unter den obwaltenden Verhältnissen ganz wesentlich leidet. Da nicht der genügende Platz für eine Betätigung der Truppenteile vorhanden ist, müßten vielfach die Brigade-Übungen zu früh (schon bis Mitte Mai) abgeschlossen werden, und ferner leidet namentlich die Ausbildung der Kompanien darunter, die zu schnell und zu hastig beendet werden muß. Gerade das letzte Moment muß als bedeutsam anerkannt werden! Dabei sollen die Reserve- und Landwehrlübungen auf den Plätzen vermehrt werden, und die Kavallerieübungen sollen in größerer Anzahl als bisher auf ihnen üben! Für den Ankauf der nötigen Übungsplätze sind zum Teil die Mittel aus dem Verkauf des Tempelhofer Feldes durch die Militärverwaltung bestimmt. Bis zum Jahre 1922 werden diese Gelder für die Beschaffung von Übungsplätzen für das Gardekorps, das 18. Korps und weitere Korps im Westen Verwendung finden, während von diesem Zeitpunkt ab die Mittel, die aus dem Verkauf von Teilen des Tempelhofer Feldes einkommen, für sonstige neue Übungsplätze und zur Verbesserung und Ausgestaltung nicht genügender Plätze aufgewendet werden sollen.“

Die Kosten für den im Osten angeblich notwendig werden den Übungsplatz dürften nicht gering sein, denn die Ostelbien, denen das Terrain gehört, werden den Staat sicherlich schröpfen.

Ein Dementi und doch keines.

Aus den Reichsländern wird und geschrieben: Die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ hat nach Preßerörterungen, die volle acht Tage währten, es als unzutreffend erklärt, daß die kommandierenden Generale des 18. und des 16. Armeekorps den „Befehl“ erteilt haben sollen, „Anständigkeitsregeln des lothringischen Soldat seiner Abstammung wegen mehr in Vertrauensstellungen zu verwenden.“ In der reichsländischen Presse hält man demgegenüber daran fest, daß eine dahingehende Anordnung — wenn auch vielleicht kein ausdrücklicher „Befehl“ — in dieser oder jener Form ergangen sein muß, da nachgewiesenermaßen in diesem Sinne verfahren wird; wenn die Anordnung nicht von den kommandierenden Generalen der in Elsaß-Lothringen liegenden Armeekorps erlassen wurde, so geschah dies wohl, was in dem Dementi nicht bestritten wird, vonseiten des Kriegsministeriums in Berlin. — Neu wird jetzt in einem Straßburger Blatte behauptet, daß der dortige kommandierende General, der bekannte Sabelträger v. Deimling, beim Kaiser dahin wirkte, daß die Verordnung, wonach Elsaß-Lothringen zu einem bestimmten Prozentsatz in den in Elsaß-Lothringen garnisonierenden Regimentern eingestellt werden können, aufgehoben werden möge. Die amtliche Dementiersprache wird auch gegen diese neue Behauptung in Bewegung gesetzt werden müssen. Sie wäre, wenn sie richtig ist, dasselbe bedeuten, wie der in so wenig einwandfreier Weise dementierte Armeekorps-„Befehl“.

Der Ritt nach dem Westen.

Vor kurzem wurde gemeldet, die Berliner Richtung in der Zentrumspartei habe das Kachener Zentrumsblatt „Volkstreuend“ angekauft, um der Kölner Richtung und der „Kölnischen Volkszeitung“ im „verfeuchten Westen“ selbst entgegenzutreten zu können. Es wurde behauptet, hinter dem Plane stehe der Kölner Erzbischof Dr. v. Hartmann. Diese Meldung wurde von dem Kachener „Volkstreuend“ lebhaft bestritten. Der Urheber der Nachricht hatte aber seiner Behauptung gleich hinzugefügt, er werde sie trotz der zu erwartenden Dementis aufrechterhalten.

Nun ist die Entscheidung gefallen. Der bisherige Redakteur Röber ist plötzlich aus der Redaktion des „Volkstreuend“ ausgeschieden. An seine Stelle wurde der Sekretär Salin vom Bureau der Kachener Zentrumspartei berufen, ein Erzreaktionär.

Es ist wirklich gleichgültig, ob der Erzbischof direkt an dem Ankauf beteiligt ist — so offen werden solche Geschäfte natürlich nicht betrieben — es ist auch von geringer Bedeutung, ob das Konsortium, das den „Volkstreuend“ angekauft hat, aus Angehörigen der Berliner Richtung besteht. Sicher ist, daß der „Volkstreuend“ fortan im Sinne der antigewerkschaftlichen Berliner Richtung redigiert wird. Damit haben die „Berliner“ im Westen einen wertvollen Stützpunkt gefunden, eine Position, von der aus sie die Geschosse bequemer als bisher in das feindliche Köln werfen können.

Werden die Fleischpreise steigen?

Die „Deutsche Tageszeitung“ beantwortet diese wichtige Frage immer und ewig mit „Nein“, selbst in den Zeiten, wo ein Ansteigen der Preise bereits deutlich merkbar ist. Auch jetzt wieder will sie allerlei Zahlen zusammen (vor den amtlichen Preisberichten der „Statist. Korrespondenz“ zeigt sie dabei einen verständlichen Humor), um die Tendenz der Fleischpreisbewegung zu verfeinern. Heute wollen wir sie auf ein paar Zahlen aufmerksam machen, die sich in dem sonst von ihr mit Vorliebe benutzten „Zentralblatt der preussischen Landwirtschaftskammern“ finden. Dort sind die Preise veröffentlicht, die bei Vergehungen der Fleischlieferungen für die Militärverwaltung vereinbart wurden. Für die wichtigsten Fleischsorten ergeben sich hiernach im ersten und zweiten Halbjahre 1913 verglichen mit dem zweiten Halbjahre 1912 folgende Mindest- und Höchstpreise per Hilo-gramm in Mark:

	2. Halbj. 1912	1. Halbj. 1913	2. Halbj. 1913
Rindfleisch	1,14—1,57	1,18—1,66	1,24—1,62
Aufschliff	1,12—1,50	1,16—1,62	1,18—1,57
Behacktes Rindfleisch	1,20—1,70	1,25—1,93	1,42—1,90
Rahmschmalz	1,00—1,70	1,20—1,80	1,30—1,84
Rahmschmalz	1,16—1,95	1,30—2,00	1,60—2,20
Hammelfleisch	1,22—1,62	1,30—1,84	1,48—1,80
Schweinefleisch	1,08—1,30	1,38—1,85	1,16—1,70
Elbschmalz	0,80—1,40	1,00—1,70	0,90—1,48
Schweinefleisch	1,10—1,55	1,45—2,00	1,20—1,90

Wegen das zweite Halbjahr 1912, dessen Lenierung sogar unsere agrarische Regierung zum Eingreifen veranlaßte, zeigen die für die zweite Hälfte dieses Jahres verbrochenen Preise bedeutende Erhöhungen. Wenn die Regierung konsequent wäre, hätte sie daher schon jetzt wieder Hilfsmassregeln ergreifen müssen. Aber auch gegen das erste Halbjahr 1913 weisen die neuen Preise bei einigen Fleischsorten noch Erhöhungen auf. Die Regierung (Militärverwaltung) rechnet also mit einem weiteren Steigen der Fleischpreise für die kommenden Monate. Das Proletariat hat daher die trübe Aussicht, im Winter bei zunehmender Arbeitslosigkeit unter wachsenden Lebensmittelpreisen zu leiden, wenn die Regierung nicht endlich dem Druck der hungernden Massen nachgibt und ausreichende Hilfe schafft. Die Wege dazu, Erniedrigung und Befestigung der Löhne, sind ihr längst gewiesen.

Fortbildungsschulgesetzentwurf für das Großherzogtum Oldenburg.

Die mit der Ausarbeitung eines Entwurfes für ein Fortbildungsschulgesetz beauftragte Kommission hat ihre Arbeiten nach längerer Dauer beendet und nunmehr den fertigen Entwurf veröffentlicht. Er enthält zunächst die Einführung der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht für männliche und weibliche Personen nach Beendigung der Schulzeit. Für alle im Handel und Gewerbe als Lehrlinge beschäftigten männlichen und weiblichen Personen dauert die Schulpflicht vier Jahre, für alle anderen männlichen Personen drei Jahre und für alle anderen weiblichen Personen zwei Jahre. Die Fortbildungsschulen werden von den Gemeinden eingerichtet; die Hälfte der Kosten trägt der Staat. Auf die Erhebung von Schulgeld verzichtet der Entwurf nicht. Der Unterricht ist auf jährlich 240 Stunden beschränkt. Um den Agrariern entgegenzukommen, wird für die in der Landwirtschaft Beschäftigten die Stundenzahl um die Hälfte, auf 120 Stunden, ermäßigt. Die Fortbildungsschulen sollen nicht dem Ministerium für Kirchen und Schulen, sondern einem neu zu bildenden sogenannten Landesamt unterstellt werden. Religionsunterricht ist nicht vorgesehen. Wichtig für die Öffentlichkeit ist ferner noch, daß zu den Aufgaben der Fortbildungsschulen auch die staatsbürgerliche Erziehung und Ausbildung im „vaterländischen Sinne“ sowie die körperliche Ausbildung der Schüler und Schülerinnen gehören soll. Zu diesem Zwecke müssen in den Lehrplan in der Woche zwei Stunden für Turnunterricht und Jugenpflege aufgenommen werden, die aber außerhalb der Schulzeit liegen dürfen und nicht zu der vorgeschriebenen Schulzeit zu rechnen sind. Es ist Zwang, für jeden Schüler und jeder Schülerin an diesen Stunden teilzunehmen.

In einem weiteren Paragraphen wird bestimmt, daß zur Erteilung von Unterricht an Fortbildungsschulpflichtige von dem Landesamt die Genehmigung eingeholt werden muß, und diese Genehmigung kann versagt werden auch aus „anderen wichtigen Gründen“ als dem Mangel an „guter, sittlicher Fähigkeit“. — Damit ist die bequeme Handhabe gegeben, fortbildungsschulpflichtige Personen aus den Arbeiterturnvereinen zu entfernen und auch der proletarischen Jugendbewegung Schwierigkeiten zu bereiten.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird also reichlich Gelegenheit haben, im kommenden Winter bei Beratung des Fortbildungsschulgesetzes außer den bereits in den Entwurf aufgenommenen Verbesserungen auf weitere zu dringen, besonders darauf, daß das Fortbildungsschulgesetz nicht zu einem kleinen Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterschaft und ihre Verbündeten wird. Der oldenburgische Landtag besitzt eine sozialdemokratische Mehrheit, so daß bei einigermaßen Mißtrauensfähigkeit der Liberalen in Oldenburg ein Fortbildungsschulgesetz zustande kommen könnte, das vorteilhaft absteht von den bestehenden Gesetzen über die Fortbildungsschulen in anderen Bundesstaaten.

Portugal.

Ostentatung Oliveira's.

Lissabon, 30. Juli. Wie die Zeitungen melden, ist Americo Oliveira aus der Haft entlassen worden und nach Lissabon zurückgekehrt.

Holland.

Wahltag in Amsterdam.

Amsterdam, 30. Juli. (Wg. Ber.) Bei der Nachwahl im zweiten Amsterdamer Wahlkreis, die notwendig wurde, weil Genosse Dr. Rensel zweimal gewählt war, ist in der Stichwahl Genosse Oberlehrer Adrian Gerard gewählt worden mit 1875 gegen 1072 Stimmen, die auf den Heikalten Kandidaten entfielen. Bei der ersten Wahl war der Liberale ausgeschieden, für den Sozialdemokratische Organisation hatte die Parole ausgegeben, für den Sozialdemokraten zu stimmen. Die liberale Presse der Hauptstadt machte aber keinen Mißbrauch, sondern schwieg die Parole tot, und tatsächlich haben nur wenig Liberale der Parteiparole gefolgt. Das neue Parlament ist in einer der Vereinen der Partei und einer der Führer der Freiheitsbewegung.

Marokko.

Schwierige Lage der Spanier.

Paris, 30. Juli. Nach einer Wittermeldung aus Tanger gestaltet sich die Lage von Tetuan immer bedenklicher. Die von den Spaniern angeworbenen Rifjähnen verüben namentlich im jüdischen Viertel Plünderungen und Gewalttätigkeiten aller Art. Unter den spanischen Truppen herrscht große Entmutigung. Drei Soldaten seien vorgestern wegen Fahnenflucht erschossen worden.

China.

Unabhängigkeitserklärung der Provinz Hunan.

London, 30. Juli. Die „Times“ meldet aus Peking am 29. d. M.: Die Provinz Hunan hat am letzten Freitag ihre Unabhängigkeit erklärt. Sie hat diesen Schritt nicht in der Absicht getan, um an dem Kampfe gegen Yuanhsikai teilzunehmen, sondern nur, um sich nach allen Seiten hin zu schützen. Truppen, die nach verschiedenen Schätzungen 1500 bis 1800 Mann betragen, sind mit

16 Feldgeschützen in Jungtshou aufgestellt, um Angriffe abzuwehren.

Unterwerfung Rankings.

Shanghai, 30. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Hierher ist die Nachricht gelangt, daß Ranking sich der Regierung des Nordens wieder unterworfen hat. Die Nachricht ist durch Funkposten eines der vor Ranking antretenden Schiffe bestätigt worden.

Notlage der Fremden in Shanghai.

Shanghai, 30. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Infolge der Einstellung des gewöhnlichen Dienstes der Handelsdampfer sind die Fremden niederlassungen von Mangel an Lebensmitteln bedroht. Die fremden Konsuln haben bei den Admiralen der Flotte der Nordpartei wegen des Bombardements von Shanghai in der letzten Nacht energischen Protest erhoben. Möglicherweise wird eine Flottenaktion der internationalen Streitkräfte erfolgen.

Amerika.

Ein Russe Castro.

New York, 30. Juli. In Wilhelmshafen auf Curacao sind Gerüchte im Umlauf, daß die Anhänger Castros Coro in Venezuela einnehmen und den Gouverneur General Zuzado feindlich behandeln. Außerdem verlautet, daß Castro gestern in Venezuela gelandet sei. Die politische Lage in Venezuela ist kritisch, zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten wurden verhaftet. Eine Anzahl von Anhängern Castros, darunter zwei seiner Neffen, reisten heimlich von hier nach Coro und Bogota ab. Die hiesigen Blätter melden, daß die Anhänger Castros eine Revolution vorbereiten.

Aus der Partei.

Ein herber Verlust der dänischen Partei.

Eines der 15 Opfer der schrecklichen Eisenbahnkatastrophe bei Bramminge ist der dänische Reichstagsabgeordnete Peter Sabroe gewesen. Mit ihm verliert unsere dänische Bruderpartei ihr eigenartiges Mitglied. Peter Sabroe war etwa das, was man betrachten könnte als die Pleiade gewordene Summe aller Rinderstuhlkommismissionen eines Landes. Seine Tätigkeit war jahrelang mit glühendem Eifer der Aufgabe gewidmet, die Kinder und die Jugend vor allen Mißhandlungen und fälschlichen Erziehungen in Schutz zu nehmen. Mit glänzender Beredsamkeit trat er als Anführer auf gegen alle, die auf diesem Gebiete gesündigt haben, und einmütig stellt heute die ganze Presse Dänemarks fest, daß Sabroe mit seiner Agitation und seinem Eifer eine gewaltige Reihe von Mißständen beseitigt hat. Sabroe hat auch in Deutschland, in Kiel, gesprochen, und der Gegenstand seines Vortrages an einem Abend war die Alkoholfrage, an dem anderen Abend die Frage des Kampfes um das Kind. In Flensburg ist Sabroe ebenfalls vor Jahren einmal aufgetreten. Er wurde aber, bevor er zum Reden kam, von der Polizei abgeholt. Im dänischen Parlament war er der Vertreter von Aarhus-Nord, wo er Wahl für Wahl mit machender Stimmenzahl gewählt wurde. Trotzdem er innerhalb der dänischen Partei Mißtrauen erregt hat, darf man wohl sagen — was auch unsere dänischen Parteigenossen zugeben — daß mit Sabroe einer ihrer bedeutendsten Leute dahingegangen ist.

Aus den Organisationen.

Der Jahresbericht der Bezirksorganisation Schleswig-Holstein berichtet wie der mehrere anderer Bezirksorganisationen über einen kleinen Mitgliederabgang. Die Mitgliederzahl sank von 60.450 auf 60.100, also um 351. Besonders bedenklich ist diese Erscheinung nicht, denn neben der Tatsache, daß der Zeitpunkt des Jahresabschlusses gegen früher ungünstiger für die Organisation ist, wirkte der Umstand ein, daß der Ortsverein Altona bei Anlegung eines neuen Mitgliederverzeichnis etwa 1700 bisher immer noch geführte Mitglieder strich, die wegen säumiger Zahlung längere Zeit geschuldet werden müssen. Dazu kommt noch eine ganz besonders schlechte Konjunktur in den Orten an der Westküste der Provinz. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 3015. Die im Agitationsbezirk verbreiteten Parteiblätter: „Hamburger Echo“, „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ und „Flensburger Volkszeitung“ haben innerhalb des Agitationsbezirks eine Abonnentenzahl von 45.201. Nur die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ hat 754 Leser gewonnen, die anderen Zeitungen haben etwas verloren. Die Leserschaft der monatlich einmal aus dem Lande zur Verbreitung kommenden „Schleswig-Holsteinischen Landpost“ stieg von 26.400 auf 26.514. Insgesamt wurden rund 335.000 Exemplare dieser Landtagszeitung verbreitet. Die durchgreifende Landtagtagung hat auch wesentlich zur Förderung des Landarbeiterverbandes beigetragen. Ende 1911 hatte der Landarbeiterverband innerhalb der Grenzen der Bezirksorganisation in 44 Ortsgruppen 1472 Mitglieder, jetzt sind es in 60 Ortsgruppen 2110 Mitglieder.

Die Landtagwahl brachte in der Provinz rund 300 sozialdemokratische Wahlmänner mehr als 1908. Von diesem Zuwachs entfallen aber 180 auf den Landtagswahlkreis Kiel. Reu m a n n e r. In diesem Kreis war das Resultat für uns so günstig, daß selbst unter dem Treiben der Wahlmänner in absehbarer Zeit mit der Eroberung dieses Kreises durch die Sozialdemokratie gerechnet werden kann. Die Beteiligung an den Kommunalwahlen hat den Erfolg, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten von 46 auf 78, die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher von 191 auf 215 vermehrt wurde.

Die Kaffe der Bezirksorganisation erhielt vom Parteivorstande einen Zuschuß von 8000 M.; die neuen Kreisorganisationen des Bezirks führten aber an den Parteivorstand insgesamt 33.697,00 Mark ab.

Dem Bericht ist noch ein Bericht des Bezirksbildungsausschusses und der Bezirksjugendkommission angehängt. Der Bezirksbildungsausschuß hat trotz der großen entgegenstehenden Schwierigkeiten gerade für eine große Anzahl von kleinen Orten Veranstaltungen wissenschaftlichen und künstlerischen Charakters möglich gemacht. Die Bezirksjugendkommission hat Verbindung mit 26 Jugendauschüssen in der Provinz.

Berichtigung.

In dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag ist im Kassendruck irrtümlich ein Zuschuß für die „Freie Presse“ in Strahburg in Höhe von 2700 M. verzeichnet. Dieser Betrag ist auf das Konto der „Ruhhauser Volkszeitung“ im Offiz zu setzen. Der im Bericht für dieses Blatt angegebene Zuschuß erhebt sich also entsprechend.

Aus Industrie und Handel.

Vom internationalen Rüstungskapital. Die französische Waffenfabrik Schneider-Creusot steht mit der serbischen Regierung in Verhandlungen zwecks Gründung einer Fabrik für Geschütze und Kriegsmaterial in Kragujevac (Serbien). Gleich nach Beendigung des Krieges soll der Bau der Fabrik begonnen werden.

Verhalten der Krise. Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft hat auf ihrer Abteilung Dörster-Essen- und Stahlwerk in Dörst a. d. Ruhr 150 Mann gekündigt. Ein Teil des Betriebes wurde stillgelegt. Das Werk wird nur in den Zeiten der

Schichtkonjunktur betrieben. Die jedesmalige Stilllegung des Werkes gilt als ein sicheres Anzeichen der herannahenden Krise.

Der Arbeitsmarkt im Juni.

Die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im Juni war nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im allgemeinen noch ausreichend, doch ergab sich im Vergleich zum Vormonat und Vorjahr fast durchweg eine gewisse Verschlechterung.

Der Ruhrkohlenmarkt war im Zusammenhange mit der allgemeinen Wirtschaftslage etwas ruhiger, dagegen gestaltete sich die Lage im Braunkohlenbergbau um ein wenig günstiger. Der Eisenerzbergbau, die Hohlisenherstellung und die Stahlindustrie waren im allgemeinen ausreichend beschäftigt. Das gleiche gilt von der Maschinenindustrie, in der sich jedoch infolge des Mangels an Aufträgen eine Neigung zum Rückgang bemerkbar macht. In der chemischen Industrie war der Geschäftsgang befriedigend, dagegen wird die Geschäftslage in der Textilindustrie, abgesehen von der ausreichenden Beschäftigung in der Seiden- und Leinenindustrie, als ungenügend bezeichnet. Der noch immer andauernde ungünstige Stand des Arbeitsmarktes im Baugewerbe beeinträchtigt in nachteiliger Weise auch die mit dem Baugewerbe zusammenhängenden Industrien, wie die Ziegeleien, Baustoffereien und Installation elektrischer Anlagen.

Die Zahl der bei den berichtenden Krankenkassen in Beschäftigung stehenden Mitglieder war am 1. Juni um 39611 Personen geringer als am 1. Juni. In dieser Abnahme war das männliche Geschlecht mit 18.992, das weibliche mit 20.619 Personen beteiligt. Im gleichen Monat des Vorjahres bezifferte sich die Abnahme auf 24.005 Personen. Wenn auch gewöhnlich in den Sommermonaten ein Rückgang des Beschäftigungsgrades sich bemerkbar macht, so zeigt doch die wesentlich höhere Zahl des Abganges von Krankenkassenmitgliedern in diesem Jahre, daß die Beschäftigungslage erheblich geringer geworden ist. Gegenüber dem Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Bestand am 1. Januar 1913 gleich 100 setzt, beim männlichen Geschlecht im Verhältnis zum Vormonate von 105 auf 104, beim weiblichen dagegen von 102 auf 100 gesunken.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Monat Juni berichten 40 Fachverbände mit 2.084.232 Mitgliedern; von diesen waren am Ende des Monats 27 v. H. arbeitslos. Ende Mai betrug die Arbeitslosenzahl 2,5 v. H. und Ende Juni 1912 1,7 v. H. Es ist also gegenüber dem Vorjahr eine Verschlechterung eingetreten.

Diese zeigt sich auch bei der Benützung der Arbeitsnachweise. Bei deren Gesamtzahl kommen im Vergleichmonat für männliche Personen auf je 100 offene Stellen 188 Arbeitsgesuche gegen nur 168 im Mai 1913 und 146 im Vergleichmonate des Vorjahres. Bei den weiblichen Personen ist das Verhältnis (auf 100 offene Stellen 101 Arbeitsgesuche) gegen die Vergleichsmonate ziemlich unverändert geblieben.

Siemens-Schuckert in Bayern. Die Elektrizitäts-A.G. vorm. Schuckert in Nürnberg und die Brown Boveri A.-G. in Mannheim erheben, wie der „Vorläufer“ meldet, von der bayerischen Regierung den größten Teil Untertransfens und den westlichen Teil Obertransfens zur Versorgung mit elektrischer Energie. Es handelt sich um die Erwerbung einer der größten Niederlandzentralen Deutschlands, die so vom Staate der privaten Elektrizitätsindustrie ausgeteilt wird. Der Staat ist der beste Zureiter für den kommenden Elektrizitätskrieg.

Soziales.

Zur Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit schwülkt immer mehr an. Abhilfe tut dringend not. In einem der Initiativanträge, die die Reichstagsfraktion gestellt hat, wird reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln an die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften verlangt. Bis heute ist der Antrag noch nicht zur Beratung gestellt.

Im Ausland kennt England bereits die staatliche Arbeitslosenversicherung. In Deutschland hat noch kein Staat die Arbeitslosenversicherung eingeführt. Das alte Uebel: das Reich verweist auf den Staat, der Staat auf das Reich und die Gemeinden. Nur wenige Gemeinden in Deutschland haben Ansätze zu einer Arbeitslosenversicherung. Und doch tut gegenüber der immer stärker werdenden Krisis Hilfe dringend not.

Die Notwendigkeit, von Staatswegen einzugreifen, hat jetzt in Bayern der Prinzregent Ludwig anerkannt. Unter dem 27. Juli hat der Prinzregent Ludwig an den Minister des Innern Freiherrn v. Soden folgendes Handschreiben gerichtet:

„Mit lebhaftem Bedauern habe ich Ihrem Bericht entnommen, daß die mit von verschiedenen Seiten zugegangenen Mitteilungen über die herrschende Arbeitslosigkeit leider zu zutreffend sind. Ich habe aus dem Bericht aber auch mit Befriedigung ersehen, daß bereits Anordnungen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit getroffen sind, und daß sonstige Maßnahmen, darunter die vielerörterte Frage der Arbeitslosenversicherung, in den Kreis der Erwägungen gezogen wurden. Durchführungen von der Wichtigkeit der Sache und von dem Wunsche nach tüchtlicher Abhilfe beauftragte ich Sie, der Arbeitslosenversicherung auch ferner volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, alle geeigneten Maßnahmen im Benehmen mit den übrigen beteiligten Staatsministerien einzuleiten und mir von Zeit zu Zeit weiteren Bericht zu erstatten.“

Was nützen alle die Erwägungen? Spruchreif ist die reichsgesetzliche, die landesgesetzliche und die gemeindliche Arbeitslosenversicherung längst. Deran an's Werk!

Prozessverschleppung vor dem Kaufmannsgericht.

Das schnellere Verfahren gilt als eines der Hauptvorzüge der Einrichtung der Sondergerichte. Die Kaufmannsrichter pflegen darum auch offenbundenen Verschleppungsmandatens seitens der verurteilten Partei energig entgegenzutreten. In einem jetzt verhandelten Falle, der wegen der Notlage des Klägers besonders dringend lag, ließ die 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts das Hinsiehen des Prozeßes, der wenigstens zum Teil wohl hätte entschieden werden können, leider durchgehen. Ein Stadtreisender Klage gegen die Fahrabhandlung von J. C. Krüger auf Rückzahlung des Geldes und Provision. Nachdem schon einmal in der Sache verhandelt wurde, kam der Beklagte mit dem Einwand, der Kläger habe nach den Aufzeichnungen der Firma nicht mehr als 100 M. herauszubekommen. Nach der Rechnung des Reisenden ist aber sein Guthaben weit höher. Eine prägnante Aufstellung vermochte der Beklagte nicht beizubringen, weshalb das Gericht beschloß, die Sache bis zum 5. August zu vertagen, um bis dahin eine Aufstellung einzureichen. Wegen dieser Vertagung wendete sich nun der Reisende, indem er auf seine Notlage hinwies. Er habe nichts zu essen und könne unmöglich zwei Wochen warten; der Beklagte möge doch dann wenigstens vorläufig die 100 M. zahlen. Dazu erklärte sich auch der Beklagte bereit, wenn der Kläger auf alles übrige verzichte. Diesen großen Verlust wollte aber der Kläger erkläreweise nicht tragen. Auf seine inständigen Bitten, ihm doch etwas von seinem Guthaben zu verschaffen, erwiderte schließlich der Vorsitzende: „Wir können Ihnen nicht helfen. Sehen Sie zu, wie Sie sich bis dahin durchschlagen.“ Das Gericht hatte sehr wohl die gesetzliche Handhabe, dem in dringender Notlage befindlichen Kläger zu helfen. Da der Beklagte

100 M. selbst anerkennt, so hätte es den Händler durch Anerkennung zur sofortigen Zahlung dieser Summe verurteilen können. Der Kläger hätte das auch beantragen können. Die meisten Richter greifen in solchen Fällen der weit verbreiteten Rechtskenntnis den Parteien hilfreich unter die Arme. Das hätte auch hier geschehen sollen.

Aus dem Innungsrichtsbericht.

Sitzung vom Mittwoch.

1. Wertwürdige Begriffe über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entwickelte der Tischlermeister Lichtwert gestern vor dem Innungsrichtsgericht. Ein Juitäger, dreißig-jährig, war bei ihm für die enorm hohe Summe von 18 M. pro Woche beschäftigt und klagte auf Bezahlung für zwei halbe Tage, die er unfreiwillig hatte aussetzen müssen. Die Verhältnisse liegen in unserem Gewerbe nun mal so, daß nicht immer Arbeit vorhanden ist, meinte der Beklagte. — Also muß der ohne Arbeit entlassene Arbeiter noch auf seinen Lohn verzichten? Nach dem Gesetz und dem natürlichen Rechtsempfinden liegt umgekehrt. Der Arbeiter hat seine Dienste bereitgestellt. Wenn oder will sie der Arbeitgeber, gleichviel ob mit oder ohne Verschulden, nicht annehmen, so kommt er in Bezug (§ 203 des Bürgerlichen Gesetzbuches) und hat zu zahlen. Das Gericht sprach dem Kläger dementsprechend die geforderten 3 M. zu.

2. Beharrliche Arbeitsverweigerung berechtigt nach der Gewerbeordnung zur sofortigen Entlassung, nicht ein Aufschub der Arbeit oder dergleichen. Es klagte der Bügler Rosenberger gegen den Inhaber der Firma M. Prober, Kronenstraße, auf Entschädigung für 14 Tage Lohn wegen Nichterhaltung der Kündigungsfrist. Mit dem Kläger war unbestritten, daß der Inhaber der Firma das Geschäft nicht glaubte im bisherigen Umfange aufrechterhalten zu können, sollte unter anderem auch der Kläger entlassen werden. Er wies auf seinen Anspruch auf vierzehntägige Kündigungsfrist hin und sollte dann während dieser Frist beschäftigt werden. Angeblich wartet glatte Sachen, für die der Kläger speziell angenommen war, nicht da, und er sollte — vielleicht nicht ganz ohne schuldige Absicht — durchbrochene Sachen bearbeiten. Er weigerte sich zunächst, das zu tun, bejammte sich aber eines Besseren und erbot sich etwa eine halbe Stunde später zu der Arbeit. Jetzt wurde ihm seine mehr verabsagt, sondern ihm bedeutet, daß er gehen solle. Auch vor dem Schiedsgericht ließ sich der Sohn des Firmeninhabers nicht über das Ungerechtfertigte seiner Handlung belehren und ging auf eine vergleichsweise Zahlung von 35 M. nicht ein, die der Kläger in einem ganz unangenehm weiten Entgegenkommen vorschlug. Es wurde die Firma zu dem vollen Betrag, zu 72 M., verurteilt. Denn, selbst wenn zwischen der anfänglichen Weigerung und dem kurz darauf erfolgten Widerruf eine größere Spanne Zeit — etwa zwei Stunden — gelegen hätte, wäre noch keine beharrliche Arbeitsverweigerung gegeben, und nur eine solche berechtigt zur sofortigen Entlassung, führte der Vorsitzende begründend aus.

3. Verzicht? Der Bauarbeiter Wida klagte gegen die Firma Streubel auf Nachzahlung von 6,15 M. zu wenig erhaltenen Lohnes. Er war angeblich zu dem tariflichen Lohn von 60 Pf. pro Stunde angenommen. Bei der Lohnzahlung am Sonnabend waren ihm nur 56 Pf. berechnet worden. Dagegen protestierte er. Der Poier erklärte aber kategorisch: „Mehr zahle ich nicht!“ Der Kläger arbeitete weiter, „lohrte“ jedoch im Laufe der Woche nochmals um tarifliche Bezahlung an. Darauf erhielt er am Sonnabend seine Entlassung. Leider ließ er sich auf das eindringliche Jureden des Vorsitzenden Hagemann bewegen, die Klage zurückzunehmen. Der Rat hätte nicht erteilt und nicht befolgt werden sollen. Es hätte der Klage stattgegeben werden sollen. Waren 60 Pf. Lohn vereinbart, so waren sie zu zahlen. In der Unterschrift der Lohnberechnung bei der Lohnempfangnahme unter mündlichem Protest gegen die Lohnhöhe liegt keinesfalls ein Verzicht. Ein solcher wäre, auch wenn er schriftlich und ausdrücklich erteilt wäre, hinfällig. Denn der Arbeiter ist nach § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes nicht berechtigt, über seinen Lohn vor der Empfangnahme zu verfügen. Waren nicht 60 Pf., sondern nichts vereinbart, so war des Klägers Anspruch gleichfalls gerechtfertigt, denn dann hätte er nach § 612 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches „die übliche Vergütung“, also den tariflichen Lohn, zu verlangen.

Letzte Nachrichten.

Die erste Sitzung der Friedenskonferenz in Bukarest.

Bukarest, 30. Juli. (Meldung der Agence Roumaine.) Die Sitzung der Friedenskonferenz begann um 4 Uhr. Vom ersten Augenblick an herrschte bei den Besprechungen vollkommene Courtoisie. Ministerpräsident Majorescu hieß die Erschienenen im Namen des Königs und der rumänischen Regierung willkommen. Ministerpräsident Bachtisch bar im Namen der Verbündeten den Ministerpräsidenten Majorescu, den dauernden Vorsitz bei der Konferenz zu übernehmen. Dieser Vorschlag wurde durch Affirmation angenommen. Majorescu hielt sodann eine Ansprache, auf welche Ministerpräsident Demizelos zwiderte und erklärte, daß die Missionen den Vorschlag einer Suspension der Feindseligkeiten zustimmten. Tomichow, der sich dem Vorschlag anschloß, drückte den Wunsch aus, daß alle Missionen von dem gleichen Geiste der Persönlichkeit besetzt seien wie die bulgarische. Die Sitzung wurde dann unterbrochen, um den militärischen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, das Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten zu redigieren. Nach Wiederaufnahme der Sitzung billigte die Konferenz das Protokoll über einen Waffenstillstand von fünf Tagen. Vier Exemplare wurden dem Chef der Missionen übergeben, damit sie den Text an die Hauptquartiere telegraphierten. Alle Bevollmächtigten verzeichneten mit lebhafter Genugtuung die einstimmige Zustimmung zu dem Waffenstillstand. Die Konferenz vertagte sich dann auf morgen 4 Uhr nachmittags.

Zum Konflikt im Metallarbeiterverband.

Stettin, 30. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In einer überfüllten Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Stettin des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde heute der Beschluß vom 24. Juli, wonach keine Gelder an die Hauptkassa in Stuttgart gesandt werden sollen, wieder aufgehoben.

Der katalonische Textilarbeiterstreik.

Barcelona, 30. Juli. (W. T. B.) Durch den Streik sind 64 Betriebe in der Stadt in Mitleidenschaft gezogen. In mehreren Neben, die gestern in verschiedenen Folgen gehalten wurden, sprach man sich für den revolutionären Streik aus. Der Zivilgouverneur hat erklärt, daß er über hunderttausend Mann verfüge, um zu verhindern, daß der Streik einen revolutionären Charakter annehme.

Schweres Unwetter in Nordamerika.

Washington, 30. Juli. (W. T. B.) Deuts nachmittags brach ein schweres Unwetter los, welches den Bahnverkehr lahmlegte und großen Schaden anrichtete. Mehrere Regierungsgebäude wurden durch Blitzschlag beschädigt. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin C 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonnabend, den 2. August 1913, nachts 12 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der Kino-Operateure Groß-Berlins
in Dwe. Augustind Festhale, Drantenstraße 109.
Tagesordnung:
1. Ist die Erhebung einer Stempelsteuer für unsere Prüfungszeugnisse ansehnlich? 2. Kommissionsbericht und Branchenanliegenheiten. 3. Fragelasten.
Kollegen! Erscheint vollständig und pünktlich in dieser Versammlung.
Die Ortsverwaltung.
193/1



Stolz

Wie ein Spanier können Sie auf das hübsche und brauchbare Geschenk sein, das jedem Paket von Dr. Gentner's Veilchenseifenpulver „Goldperle“ beiliegt.

Verlangen Sie aber ausdrücklich „Goldperle“

Vertretung und Lager bei Hermann Kunder, Neukölln, Herrfurthstr. 25. 900/12*

Graumanns Festsäle und Garten

Naunynstraße 27
Säle mit elektrischer farbiger Beleuchtung, Sonnabende und Sonntage im August noch zu vergeben. Sonnabend, den 13. September, freigegeben.
13309* G. Graumann, Naunynstr. 27.

Orts-Krankenkasse Berlin-Weißensee.

Außerordentliche General-Versammlung

der Vertreter am Freitag, den 8. August 1913, abends 8 Uhr, im Restaurant „Präsident“ hier, Ledderstr. 122.

Tagesordnung:
1. Beratung und Beschlussfassung über die revidierten neuen Satzungen.
2. Verschiedenes.
Beschlüssen gegen die Geschäftsführung müssen schriftlich erfolgen und können in der Versammlung nur beantwortet werden, wenn dieselben mindestens drei Tage vorher erhoben worden sind.
Zum Eintritt sind nur die mit Legitimation versehenen Vertreter berechtigt.
274/7
Berlin-Weißensee, den 28. Juli 1913.
Der Vorstand.
J. H.: Fuhrmann, Vorsitzender.

Gallensteine.
Leidende verlangen sofort Prognose über ein neues, hervorragendes Heilmittel von
293/2*

Gallena-Vertrieb, Barmen, Mühlenweg 5.

Ohne jede Anzahlung
Pianos
Erstklassiges Fabrikat!
(9x prämiert, Staatsmed.)
in allen Holz- und Stilarten,
von wunderb. Tonf. (Flügelton).
verkauft
ich
sowie Flügel und Harmoniums
gegen kleine monatl. Teilzahlung. — Für jedes Instrument
gewähre ich zwanzigjährige schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstent. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

Reiseführer, Wanderkarten und Bücher, Kursbücher
hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Günstigste Gelegenheit.
Tischlerei u. Holzhaus, Stellung u. Garten, höhere Erziehung, preisw. zu verk. Off. „B. P.“ postl. Birkenwerder.

Spezialarzt
i. Haut-, Gorn., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beintraume jeder Art, Ebrlich Gata-Strun in u. G. Long. Laborat. I. Platz.
Dr. Homeyer
untersuchung, Fäden i. Gorn. u. Panoptikum.
Friedrichstr. 81, gegenüber
Ept. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Gelegenheitsauf! Schwere
Schlafdecken
St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.

Pferdedecken!
St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.

Englisch-schwere **Reisedecken**
St. 4⁷⁵, 6⁷⁵, 9⁷⁵ bis 36 M.
Versand unter Nachnahme.

Emil Lafèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Der neue Katalog
mit bunten Teppichmustern
750 Abbildung, gratis u. franko.

Augusta-Bad
Köpenicker Straße 60.
Sämtliche Bäderarten. — Vierzehn aller Krankenkassen. (16296*)

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
34 verschiedene Hefen à 20 Pf.

Phänomene
Qualitäts
Cigarette

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 31. Juli 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Bummelmädchen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Dänemark und Schweden.
Reines Opera (Kroll). Tannhäuser.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Schiller O. Der Freischütz.
Berliner. Hingabe.
Evalla. Puppen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Dresdener Viktorien-Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Romdiendhaus. Hochherrschafliche Wohnungen.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Das Farmerädchen.
Lustspielhaus. Der lustige Rafabu.
Rose. Tagebuch einer Verlorenen.
Enlisen. Geächtet.
Soltes Caprice. Ein Pechvogel.
Die Krampfsache.
Anfang 9 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Schiffsbrüder.
Theater am Nollendorfsplatz. Der Mann mit der grünen Maske.
Admiralpalast. Fischerei: Blirt in El Fort.
Anfang 9 Uhr.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Metropol-Theater.
abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Montfort.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.
Theater am Nollendorfsplatz
8 1/2
Mann mit der grünen Maske.
Im Kino-Varietéteil erst-
klassige Varieténummern
u. d. neueste Gaumontfilme
8 1/2

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Theater des Westens.
Ab Freitag, 1. Aug.: Kurzes Gastspiel Sylvester Schäffer. Vorher die beiden Einakter: Ein angebrochener Abend. Das starke Stück. — Sommerpreise!

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.

Voigt-Theater
Südstraße 38.
Jeden Donnerstag: **Kinderfest.**
Nur noch einige Male:
Die schöne Melusine.
Kost. neue erhalt. Spezialitäten.
Kassend. 10 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
Voranzelge. Dienst. 5. Aug.: Benefiz. Geim. Sach: Der Verschwendler.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nur noch bis Freitag, 1. Aug.:
Tagebuch einer Verlorenen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Auf der Gartendüne:
Achtung! Es geht los!
Große Volk. Anfang 4 1/2 Uhr.

Sängerchor Wedding (Gau Berlin)
Dr. D. H. S. — Chorleiter Emil Thilo.
Sonntag, den 3. August 1913:
Vokal- und Instrumental-Garten-Konzert
im Seebad Reinickendorf, Residengstr. 49
Unter Mitwirkung des Berliner Uk-Trio.
Eröffnung 2 Uhr. — Anfang des Konzerts 4 Uhr.
Eintrittskarten im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.
Kinder in Begleitung Erwachsener frei.
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.
Die Kaffeeküche 59/17
steht den geehrten Damen von 2 bis 6 Uhr zur Verfügung.

Freie Volksbühne
Sonntag, den 31. August: Beginn der Spielzeit 1913-1914.
Die ersten Vorstellungen sind:
Im Deutschen Opernhaus in Charlottenburg:
Komische Oper von Nikolai:
Die lustigen Weiber von Windsor.
4. Abteilung und 11. Abteilung (a).
12. Nachmittagsabteilung im Neuen Volkstheater
3 Uhr:
Fritz Stavenhagens niederdeutsches Drama:
Mudder Mews.
Montag, den 1. September, abends 8 1/2 Uhr, 16. (gemischte) Abteilung im Neuen Volkstheater:
Mudder Mews.
Sonntag, den 7. September (3 Uhr) 1. und 2a Abteilung im Schiller-Theater Charlottenburg:
Ansengruber:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
9. Abteilung im Herrfeld-Theater:
Arno Holz und Johannes Schlaf:
Familie Selicke.
Drama in 3 Aufzügen.
In Szene gesetzt von Fritz Witte-Wild.
Sonntag, den 14. September (3 Uhr): 6. Abteilung und 16. gemischte Abteilung (c und d) im Thalia-Theater:
Henrik Ibsen:
Die Wildente.
Schauspiel in 5 Akten.
In Szene gesetzt von Fritz Witte-Wild.
Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitglieds-karten in ihrer Zahlstelle abzugeben mit der Erklärung, ob sie einer Nachmittags-, Gemischten oder Abend-abteilung angehören wollen und können gleichzeitig nach Zahlung des nächsten Beitrages von Mark 1.10 die neue Mitgliedskarte für das Spieljahr 1913/14 (in der bisherigen Zahlstelle) in Empfang nehmen.
Alle etwaigen Umschreibungen in eine andere Zahlstelle müssen spätestens bis Ende Juli bewirkt sein.
Zahlstellenveränderungen:
Zahlstelle 22, bisher Augustin, befindet sich jetzt im Restaurant Krantz, Kochstr. 33.
Zahlstelle 60, bisher Schäfer, befindet sich jetzt im Konfektengeschäft G. Höller, Motzstr. 73.
Neu! Zahlstelle 62: Neukölln, Hagedorn, Zigarren-laden, Mareschtr. 15.
Neu! Zahlstelle 65: Lichtenberg, Artur Stein, Zigarrenladen, Frankfurter Chaussee 45.
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Passage-Panoptikum
Der persische Augenfakir
in seinen sanft.
Derwisch-Matern
(hebt u. a. mit den Augen schwere Gewichte).
3 Schwestern Liliput,
die kleinste Schwest. der Welt.
Alles lebend!
Ohne Extra-Entree!

Sachse-Oper
Schiller-Theater O. Theater.
8 Uhr:
Der Freischütz.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.
Kroll-Oper
8 Uhr:
Tannhäuser.
Gastspiel: Marcella Roessler.
Freitag:
Die Meistersinger.

Neue Welt
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute Donnerstag, den 31. Juli 1913:
Elite-Tag!
Konzert und Vorstellung
verbunden mit
Gr. Gala-Parade-Feuerwerk.
Zum Schluss:
„Beschießung und Brand von Skutari.“
(Pyrotechniker Nieland.)
Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.
Im Riesenfestsaal: **Großer Ball.**

Berliner Prater-Theater
7-9 Rastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Das Bummelmädchen
Gr. Anhaltstr. 99. In 4 Akten v. R. Orge
Musik von Rich. u. Schreier.
Erstklass. Spezialitäten. Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.

Reichshallen-Theater
Heute letztes Gastspiel der
Dresdener Victoria-Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Morgen, 1. S.: Wiederbeginn der Soreen der Steiliner Sänger.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Tel.: Ernst Liebig.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree. Freilag: Frei-Konzert.

Admiralpalast
Einz. Eispalast der Welt
mit prunkvollen Eisballen.
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich
Flirt in St. Moritz.
Wiederaufr. der kleinen Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Das Massenstreikproblem.

Genosse Kautsky in Nr. 42 der „Neuen Zeit“:

III.

Bis nun Genosse Meerfeld vielleicht behaupten, der Massenstreik sei bei uns nicht deshalb überholt, weil er überflüssig, sondern deshalb, weil er unmöglich, weil der deutsche Proletariat nicht mehr gewillt oder fähig sei, ihn durchzuführen? Das er augenblicklich nicht möglich ist, geben eigentlich alle Genossen zu, die sich darüber geäußert haben; sie weichen bloß voneinander ab in den Ursachen, in denen sie diese Unmöglichkeit begründet sehen. Aber damit ist es keineswegs gesagt, daß es so bleiben muß.

Wohl aber fühlen die Massen ganz gut, daß ein Massenstreik in Deutschland nicht eine einfache Demonstration ist, die man nach Belieben ansetzen und wieder einstellen kann, ohne daß sie irgendwelche Konsequenzen nach sich zieht. Sie bauen auch nicht darauf, daß ein Kampfstreik, der heute resultatlos abgebrochen werden muß, morgen wieder erneuert werden kann. Sie wissen, daß er unter deutschen Bedingungen zu den Kämpfen gehört, die nur mit einem großen Siege enden können oder einer großen Niederlage, die zum mindesten eine tiefe Zerrüttung der Organisationen und Entmutigung der Kämpfer für Jahre zurückläßt.

Aber das besagt nicht, daß sie für immer auf den Massenstreik verzichten müssen, sondern nur, daß sie bloß im äußersten Falle nach seiner Anwendung drängen werden. Nur als äußerstes Mittel kommt er für uns in Betracht.

So würde er auch stets von der Mehrheit unserer Partei aufgefaßt, soweit sie in Parteitagbeschlüssen zum Ausdruck kam.

Als ein solcher äußerster Fall kommt zunächst die Bedrohung eines wichtigen politischen Rechtes in Frage, vor allem des Reichstagswahlrechtes. Der Jenaer Beschluß sahte in erster Linie diesen Fall, die Anwendung des Massenstreiks als Mittel der Defensivwehr zur Abwehr eines Anschlags auf das Wahlrecht oder auf das Koalitionsrecht, ins Auge. Und er ist auch derjenige, der am leichtesten eintreten kann und am ehesten die vollste Geschlossenheit der proletarischen Massen bei seiner Anwendung verbürgt.

Aber auch als Offensivwaffe kann bei uns der Massenstreik in Anwendung kommen. Zum Beispiel dann, wenn das bestehende, die Massen erdrückende Regierungssystem durch historische Ereignisse zu wanken scheint, so daß die Massen erwarten können, ein energischer Stoß genüge, es über den Haufen zu werfen. Eine derartige Aussicht wäre wohl imstande, die Massen zu entflammen, wie es 1905 in Rußland der Fall war, und den unwiderstehlichen Drang zu einem Massenstreik in ihnen zu entfesseln.

Aber auch der preussische Wahlrechtskampf könnte schließlich zu einem Massenstreik führen, wenn die Massen so weit gekommen sind, daß sie in der Niederwerfung des Dreiklassenwahlrechtes eine Lebensfrage erblicken; wenn sie glauben, ohne die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen nicht weiterzuleben zu können oder durch diese Uebertragung einen gewaltigen Schritt zu Recht und Wohlstand zu machen.

Solange die Massen noch nicht diese Empfindung haben, wird es nicht gelingen, sie zum Massenstreik im Wahlrechtskampf zu begeistern. Diese Empfindung gewinnen die von uns noch nicht gewonnenen Massen aber nicht durch einzelne Artikel und Reden, die ja doch nur auf die schon überzeugten Parteigenossen wirken, die gewinnen sie nur durch den Anschauungsunterricht von Tatsachen. Das ist der einzige, der auf die ganze Proletariermasse wirkt, ohne die wir den Massenstreik nicht gewinnen können.

Dieser Anschauungsunterricht fehlt, solange das allgemeine, gleiche Wahlrecht zum Reichstag nicht eine Volksovertretung liefert, die für das Proletariat an „positiver Arbeit“ weitens mehr leistet als das Dreiklassenhaus. Das war bisher noch nicht der Fall. Die Majorität im Reichstag war bisher fast ebenso arbeiterfeindlich wie im Landtag, nur wagte sie ihre Arbeiterfeindlichkeit unter dem Drucke des gleichen Wahlrechtes nicht ebenso unverhüllt und frech zu äußern wie im Landtag.

Aber das kann sich ändern. Die 110 Sozialdemokraten im Reichstag mit den 4 1/2 Millionen Stimmen hinter sich haben es bereits erreicht, daß die Listen der jüngsten Bekehrten den Besitzenden zugesandt wurden. Wir können vielleicht im Reichstag noch mehr erstarren und dahin gelangen, daß wir ihn zu Sozialreformen drängen.

Gelänge es, die Praxis im Reichstag so zu gestalten, daß sie den Massen zeigte, daß Reichstagswahlrecht besitze für sie großen praktischen Wert, dann würden sie auch die Wichtigkeit seiner Erriugung für den preussischen Landtag begreifen. Kommen wir so weit, daß die Ergebnisse der auf Grund des Reichstagswahlrechtes gewählten Volksovertretung in auffallendem Gegensatz zu denen des Dreiklassenhauses geraten und dadurch auch dem ungeschultesten Arbeiter deutlich zeigen, wie sehr das allgemeine, gleiche Wahlrecht, um mit Marx zu sprechen, durch die Tätigkeit der Sozialdemokratie aus einem Werkzeug der Prellerei ein Werkzeug der Befreiung werden kann, dann ist es am ehesten möglich, die gesamte proletarische Masse zu dem Kampfe für Ersetzung des Dreiklassenwahlrechtes durch das Reichstagswahlrecht in Preußen mobil zu machen. Das erscheint mir zurzeit als der aussichtsreichste Weg, den Massenstreik für den preussischen Wahlrechtskampf vorzubereiten: nur durch das Wachsen der Bedeutung des Reichstags im Bewußtsein der Volksmassen gewinnen sie die Erkenntnis von der Bedeutung des Reichstagswahlrechtes. Der entgegengesetzte Weg der Massenaktionswärmer, die Leistungsfähigkeit des Reichstages und damit des Reichstagswahlrechtes als recht gering hinzustellen, ist der verkehrteste Weg dazu.

Je mehr es gelingt, dem Reichstag durch das Gewicht des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes Konzessionen für das Proletariat abzurufen, desto größer aber auch die Veruchung für die herrschenden Massen, zu trachten, dieses unbedeute Wahlrecht loszuwerden.

So bringen unsere Fortschritte im Reichstag den Massenstreik in doppelter Weise näher: als Mittel der Verteidigung des Reichstagswahlrechtes und als Mittel des Angriffes, um seine Uebertragung auf Preußen zu erzwingen.

Wir haben also sehr wohl mit der Möglichkeit, ja mit der Wahrscheinlichkeit eines Massenstreiks auch in Deutschland zu rechnen; aber nicht unter belgischen oder russischen Formen und Bedingungen, sondern unter besonderen deutschen. Und der Massenstreik ist heute nicht die Bedingung unseres weiteren Vorwärtsschreitens, sondern unser jetziges Vorwärtsschreiten ist die Bedingung eines künftigen Massenstreiks.

Im allgemeinen kann man von ihm sagen, die Vorbedingung seines Gelingens ist eine Situation, die die Arbeiterklasse so sehr erregt, daß alle ihre Schichten einmütig nach den schärfsten Mitteln der Aktion verlangen; die Parteigenossen nicht nur, sondern auch die freien Gewerkschaften, ja die Masse in den gegnerischen Organisationen und die unorganisierten Massen selbst.

Die Entschlossenheit und Geschlossenheit der ganzen proletarischen Massen ist für uns Vorbedingung des Massenstreiks. Es könnte zum Beispiel keine unvordemähigere Vorbereitung des Massenstreiks geben, als eine Entzweiung zwischen Partei und Gewerkschaft. In dem einmütigen Zusammenwirken von Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft im Wahlrechtsstreik ist das belgische Beispiel musterergültig.

Die Geschlossenheit der ganzen proletarischen Masse muß auch schon vor dem Ausbruch des Massenstreiks vorhanden sein und zu ihm drängen, soll er gelingen. Der umgekehrte Weg, die Entschlossenheit und Geschlossenheit der Masse erst aus dem Massenstreik durch seine öftere Wiederholung herauszuwachsen zu lassen, ist bei so hochentwickelten Verhältnissen wie den deutschen ungangbar.

Zur Herbeiführung einer derartigen Stimmung der Massen kann natürlich die Agitation und Taktik unserer Partei viel beitragen. Aber sie sind nicht allein und nicht einmal in erster Linie dafür entscheidend. Viel bestimmender werden da ökonomische und politische Bedingungen, die von unserer Haltung völlig unabhängig sind.

Augenblicklich verlangt, wie schon bemerkt, niemand die Anwendung des Massenstreiks. Alle seine Befürworter in der Partei fordern bloß seine Vorbereitung oder Propagierung. Aber wir haben gesehen, daß es nicht eine einzige Art von Massenstreik gibt, sondern verschiedene. Jedes Land entwickelt besondere Typen. Ehe wir den Massenstreik propagieren wollen, müssen wir uns zunächst klar darüber werden, welche Art von Massenstreik wir propagieren wollen, den friedlichen Demonstrationstreik oder den chronischen Kampfstreik, der durch eine frühe, frühliche Offensive provoziert werden soll, in der die Massen gehörig erregt werden, oder den Kampfstreik als letztes Mittel einer bestimmten Kampfperiode, als Ergebnis einer spontanen allgemeinen Erregung der Massen, die nicht mehr zurückgehalten sind, einen Streik, mit dem wir rechnen, auf den wir bauen, wenn es zum Neufestehen kommt, mit dessen Idee wir unsere Genossen vertraut machen, für dessen Anwendung in einem bestimmten Moment wir uns aber keineswegs festlegen, weil diese Anwendung nicht von uns Sozialdemokraten allein abhängt, sondern von der Gesamtmasse des Proletariats.

Nur eine dieser verschiedenen Arten des Massenstreiks kann propagiert werden, denn jede von ihnen schließt die andere aus. Es genügt heute nicht mehr, vom Massenstreik im allgemeinen zu reden. Wer ihn befürwortet, muß auch sagen, welche Art dieses Streiks er propagieren will.

Die proletarische Jugendbewegung.

III.

Die Bekämpfung durch die bürgerliche Jugendbewegung.

Der behördliche Kampf gegen unsere Jugendbewegung findet in der sogenannten bürgerlichen Jugendpflege seine Ergänzung. Vereint unter dem Helme des Jungdeutschlandbundes, und in Preußen und Sachsen von den Regierungen strategisch geführt, bemühen sich alle bürgerlichen Jugendvereine und „Jugendpfleger“, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen mit dem Lockmittel des Zuckerbrottes der proletarischen Jugendbewegung zu entziehen. Es ist bekannt, daß Staat und Gemeinde der bürgerlichen Jugendbewegung alle nur erdenklichen moralischen und materiellen Vorteile gewähren. Aber mit welcher Skrupellosigkeit dies geschieht, ist leider weiten Kreisen der Arbeiterschaft unbekannt geblieben.

Die Agitation für bürgerliche Jugendvereine beginnt schon in der Volksschule. Die Schulkinder werden angehalten, den Konfirmanden Herbeschriften in die Wohnungen zu tragen oder es werden die Adressen der zur Entlassung kommenden Schüler den bürgerlichen Vereinsvorständen überreicht. Die Lehrer der Fortbildungsschule befehligen sich, den Anordnungen des Ministers, die Schüler wiederholt auf die bürgerlichen Jugendver-

Ausnahme-Preise für moderne Jackett-Anzüge

Schluß Sonntag, 3. August

- Jackett-Anzüge für Herren bunt gemustert Cheviot ... 24.25
Jackett-Anzüge für Herren modern gemustert Cheviot ... 32.25
Jackett-Anzüge für Herren marango Cheviot ... 37.25
Jackett-Anzüge für Herren vornehm gemustert Cheviot ... 41.25
Jackett-Anzüge für Herren Ersatz für Maß, blau, marango ... 45.25
Jackett-Anzüge für Herren aus Maßstoffen gefertigte Modelle ... 50.25

Eine begrenzte Anzahl schwarzer und gemusterter Rock-Anzüge zu den Preisen von 18.75 u 27.50

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntags nur von 8-10 geöffnet. - Prompter Versand nach außerhalb.
Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) kostenfrei.

Table with 10 columns: Agitationsbezirke, Beiträge an die Hauptliste abgeführt, Von der Hauptliste erhalten, Zur Agitation, Zur Wahl-agitation, Unterhaltung, Projektkosten, Parteien, Stelle, Agitationsmaterial. Rows list various regions like Ostpreußen, Westpreußen, Groß-Berlin, Brandenburg, Pommern, etc.

eine und Veranstaltungen hinzuweisen, in übertriebener Weise nachzukommen. Agitationsvorträge, von Lehrern und uniformierten Offizieren gehalten, gehören zum wichtigsten Bestandteil des „staatsbürgerlichen Unterrichts“ der Fortbildungsschule. Auf der Arbeitstätte aber sind es die Meister und Unternehmer, die die Jugendlichen zum Beitritt in die bürgerlichen Vereine zu bestimmen trachten. Selbst von der Kanzel der Kirche herab erschallt das Sammelhorn der bürgerlichen Jugendvereine.

Der „sanfte Druck“, der bei dieser Propaganda auf die Jugendlichen ausgeübt wird, verdrängt sich oft zu einem offenen Zwange. Die Aufnahme der Turnstunden in den Unterrichtsplan der Fortbildungsschule ist nichts weiter als ein Vorwand, die bürgerlichen Vereine zu stärken. Denn die Mitglieder der bürgerlichen Jugendvereine, die Turnstunden abhalten, sind in der Regel vom Turnunterricht befreit. Um den eventuellen Schäden dieses Privilegiums zu entgehen, haben selbst konfessionelle Vereine das Turnen eingeführt.

Den Gipfel der terroristischen Agitation für die bürgerliche Jugendbewegung dürfte der Regierungspräsident für Merseburg erklommen haben. Er hat angeordnet, daß die Zeitschrift: „Wie sind Deutschlands Jugend“ als Lernmittel in den Fortbildungsschulen zu benutzen sei. Die Zeitung wird von der Schule geliefert und jeder Schüler hat hierfür 60 Pf. jährlich zu bezahlen. Das sonderbare Lernmittel ist eine von dem staatlichen Bezirksjugendsekretär Gempnich-Merseburg herausgegebene Zeitung, deren vornehmste Aufgabe es ist, die Sozialdemokratie in den Augen der Jugendlichen verächtlich zu machen. Kein Wunder, daß Arbeitereltern sich weigerten, die Zeitung zu abonnieren. Dafür wurden sie mit Strafmandaten bedacht. Gegenwärtig haben die Gerichte die Entscheidung zu treffen, ob diese seltsame Jugendpflege der Fortbildungsschule mit dem Gesetz in Einklang zu bringen ist.

Wie dem Jungdeutschlandbunde die Mitglieder zugezogen werden, plauderte der Vorsitzende seines Schlesiens Provinzialverbandes, General Freiherr von Sedendorf, aus. Der ganze Regierungsbezirk Oppeln und ein Teil des Regierungsbezirks Breslau seien an den Jungdeutschlandbund angeschlossen worden. Für den Jahresbeitrag von 100 M. sei erreicht worden, daß sämtliche in den Kreisen befindliche Jugendvereine, die 120 000 „Köpfe“ zählen, als Jungdeutschland angeschlossen gelten.

Die Aufführung der Mitgliederzahlen des Jungdeutschlandbundes ist also als eine Juchhaustatistik zu bewerten und man weiß, was es mit der halben Million Mitglieder, die der Bund besitzen will, auf sich hat.

Die Tätigkeit des Bundes hat je länger je mehr auch bürgerliche Kreise zur ablehnenden Kritik herausgefordert. Der Unfug der Kriegsspiele ist von allen Seiten der Bevölkerung, mit Ausnahme des exklusiven Militärs, mehr oder minder scharf verurteilt worden. Der preussische Kultusminister sah sich genötigt, zur Beschwichtigung der empörten Bevölkerung die Regierungspräsidenten zu ersuchen, dem Gebrauch von Schießgeräten entgegenzuwirken.

Seit einiger Zeit hat der Bund seinen Arbeitsplan um die geistige „Erziehung“ der Jugend erweitert. Von den Gemeinden läßt er sich Jugendheime bauen. Es ist an sich zu begrüßen, daß die Gemeinden endlich sich ihrer Pflicht bestimmen, für die so gut wie Heimatlose Arbeiterjugend Stätten der Bildung und Unterhaltung einzurichten. Heime, die von den Gemeinden finanziert werden, sollen aber der ganzen Jugend zugute kommen, sind in unparteiischer Weise von der Gemeindeverwaltung zu leiten. Der Jungdeutschlandbund dagegen verfolgt nicht gemeinnützige Zwecke. Seine Kriegsspiele berechtigen eher zu dem Schluß,

daß er eine öffentliche Gefahr darstellt. Jedenfalls verfolgt er einen politischen Zweck: die Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung. Dem Jungdeutschlandbunde Jugendheime der Gemeinden zur Verwaltung zu übergeben heißt: Mißbrauch treiben mit öffentlichen Mitteln.

Nebst dem bewegt sich die Arbeit des Bundes zur geistigen „Erziehung“ der Jugend auf dem gleichniedrigen Niveau seiner körperlichen „Erziehung“, der so viele rühmliche Früchte bereits erwachsen sind. Die Zeitung „Jungdeutschlandpost“, die er seit dem 1. Januar d. J. in Gemeinschaft mit der Deutschen Turnerschaft herausgibt, bringt vorwiegend Abhandlungen, die sich mit militärisch-kriegerischen Dingen befassen. Von Zeit zu Zeit enthält sie Artikel mit starker kriegsheerischer Tendenz. Diese Tendenz atmen auch die übrigen, geselligen und anderen Veranstaltungen.

Da ist es kein Wunder, wenn auf der Hauptbundesversammlung Erzengel v. Biffing-Berlin sagte, die besten, ausgezeichnetsten Jungen verschwinden allmählich aus dem Bunde.

Dank der weitgehendsten Förderung durch Staat und Gemeinde hat die bürgerliche Jugendbewegung einen bedeutenden Umfang angenommen. Nach eigenen Angaben oder Schätzungen zählen die Zentralorganisationen Mitglieder:

1. Konfessionelle Bewegung.

Nationalvereinigung der evangelischen Jünglingsbünde Deutschlands: 2419 Vereine mit 142 826 Mitgliedern, davon die Hälfte im Alter von 14 bis 17 Jahren;

Verband evangelischer Jungfrauenvereine: 4000 Vereine mit 90 000 Mitgliedern, meist über 18 Jahre alt;

Jugendbund für entschiedenes Christentum: Oktober 1912: 420 Vereine mit 11 000 Mitgliedern, Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren verhältnismäßig wenig;

Bund deutscher Jugendvereine (evangelisch-liberal): 1913: 153 Vereine mit 8700 Mitgliedern, ferner für Mädchen 50 Vereine mit 1700 Mitgliedern;

Katholische Jünglingsvereinigungen: 1912: 2696 Vereine mit 285 710 Mitgliedern;

Jugendabteilungen des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereine: 1912: 70 Vereine mit 5000 Mitgliedern;

Jungfrauenkongregationen (katholisch): 300 000 Mitglieder;

Verband katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen: 1911: 6000 Mitglieder unter 18 Jahren;

Verband sächsischer katholischer Jugendvereine für die im Erwerbsleben stehenden Mädchen: 1913: 108 Ortsgruppen mit 6900 Mitgliedern;

Verband der sächsischen Jugendvereine Deutschlands: 112 Vereine mit 1700 Mitgliedern, davon nur 1600 unter 18 Jahren.

2. Interkonfessionelle Bewegung.

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband: 14 081 jugendliche Mitglieder;

Deutscher Verband kaufmännischer Vereine: 3700 jugendliche Mitglieder;

Deutsche Gewerbevereine (Hirsch-Dunder): 1913: 56 Jugendabteilungen mit 1100 jugendlichen Mitgliedern;

Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte: 1912: 20 Jugendabteilungen mit 1000 jugendlichen Mitgliedern;

Jugendbund der wirtschaftlichen nationalen Arbeiterbewegung in Rheinland und Westfalen (gelbe Gewerkschaft): 2000 jugendliche Mitglieder;

Guttemplerorden (Antialkoholverein): 1913: 550 Jugendverbände mit 22 000 jugendlichen Mitgliedern;

Deutsche Turnerschaft: 1913: 198 183 Mitglieder im Alter von 14 bis 17 Jahren;

Verband Deutscher Wandervogel: Dezember 1911: 17 700 jugendliche Mitglieder, außerdem 2250 Mädchen;

Deutscher Radfahrerbund: 2000 jugendliche Mitglieder im Alter von 11 bis 18 Jahren;

Deutscher Schwimmbund: 1910: 10 606 jugendliche Mitglieder und 1211 Mädchen;

Deutscher Fußballbund: 1913: 24 688 Mitglieder im Alter von 14 bis 17 Jahren;

Jungdeutschlandbund: 1. Oktober 1912: 806 000, gegenwärtig zirka 500 000 jugendliche Mitglieder.

Zweifellos imponierende Zahlen! Bei ihrer Wertung ist aber zu berücksichtigen, daß erstens die Ziffern oft stark nach oben abgerundet sein dürften, zweitens, daß sehr viele Mitglieder Zwangsmitglieder sind, dann geht aus der Statistik auch nicht immer hervor, wieviel Mitglieder im Alter von 14 bis 18 Jahren stehen, und schließlich sind die Mitglieder, die mehreren Vereinen angehören, doppelt und dreifach gezählt. Wie hoch die Summe auch sein mag, die die faktische Mitgliederzahl verringern könnte: sie bleibt immerhin noch groß genug, um uns mahnen ins Ohr zu klingen. Der weitaus größte Teil der Mitglieder in den bürgerlichen Jugendvereinen ist proletarischen Ursprungs, gehört innerlich zur Arbeiterbewegung.

Es entsteht die Frage, ob die unserer Jugendbewegung gegenwärtig gewidmeten Mittel und Kräfte ausreichend sind, um die stetig wachsenden Aufgaben in Zukunft erfüllen zu können. Diese Frage sollte von allen Beteiligten ernstlich geprüft werden! Zweifellos ist, daß nicht nur mehr Eifer, sondern hier und da auch ein Ausbau der Einrichtungen unserer Jugendbewegung eine Förderung des Kampfes um die Jugend ist.

An die Delegierten zum 3. Bauarbeiterkongress.

Die Delegierten, die ihre Meldebarte noch nicht an das Lokalkomitee in Leipzig abgehandelt haben, werden dringend ersucht, dies unverzüglich zu tun. Es stehen genügend Wohnungen zu angemessenen Preisen zur Verfügung. Auch die Delegierten, die sich selbst eine Wohnung beschaffen wollen und auf die Beforgung einer solchen durch das Lokalkomitee verzichten, müssen ihre Meldebarte einleiden.

Sonnabend, den 9., und Sonntag, den 10. August, befindet sich das Lokalkomitee im Volkshaus, Zeiger Straße 82. Letzteres ist Empfangslokal für die Delegierten und vom Hauptbahnhof mit der M-Linie der Straßenbahn direkt zu erreichen. Am Hauptbahnhof werden Genossen, durch entsprechende Abzeichen kenntlich, anwesend sein, um den ankommenden Delegierten Auskunft zu geben und, wenn nötig, als Führer zu dienen. Im Volkshause erhalten die Delegierten ihre Wohnungskarte und anderes Material ausgehändigt.

Meldebarten und sonstige Zuschriften sind zu richten an A. 2 Litzsch Leipzig, Zeiger Straße 82, Arbeitersekretariat.

Marktpreise von Berlin am 29. Juli 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,82 bis 20,70, mittel 20,46—20,24, geringe 20,20—20,38 Roggen, gute Sorte 16,50—20,00, mittel 20,00—20,00, geringe 20,00—20,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,20—17,60, mittel 16,70—17,10, geringe 16,20—16,60, Hafer, gute Sorte 17,70—19,10, mittel 16,60—17,60, Weis (mitgeb), gute Sorte 20,00—20,00, Weis (runder), gute Sorte 14,60—15,20, Rindfleisch 0,00, Schwein, alt 0,00, neu 5,80—7,40.

Marktpreise von Berlin am 29. Juli 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogr. Weizen, gute Sorte 20,82 bis 20,70, mittel 20,46—20,24, geringe 20,20—20,38 Roggen, gute Sorte 16,50—20,00, mittel 20,00—20,00, geringe 20,00—20,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,20—17,60, mittel 16,70—17,10, geringe 16,20—16,60, Hafer, gute Sorte 17,70—19,10, mittel 16,60—17,60, Weis (mitgeb), gute Sorte 20,00—20,00, Weis (runder), gute Sorte 14,60—15,20, Rindfleisch 0,00, Schwein, alt 0,00, neu 5,80—7,40.

Den reinsten Essig
 bereitet man sich sehr billig selbst
 mit Reichel's **Essig-Essenz.**
 als feinsten, milden Einmache- und Speise-
 Essig. Damit eingelegte Früchte bewahren bis zuletzt ihren feinen Geschmack und unerschütterlich schänes Aussehen ohne Konservierungsmittel. Sehr ökonomisch im Verbrauch. 1 l. 1.10, 1/2 l. 60 Pf. inkl. St., ausreichend für 12 bis 6 Weinl. Essig.
 In Drogerien erhältlich, aber echt und rein nur mit Reichel's **Lichterz.** wo nicht vorrätig, sende man sich an **Otto Reichel, Berlin 43, Elsenbahnstr. 4, Fernspr. Moritzpl. 4751—52.**

Bon der Reise zurück. 123/15
Dr. Hannemann
 Kurfürstenstr. 3.
Spezialarzt f. Syphilis, Harn- und Frauenleiden — Ehrlich-Hata. Blutuntersuchung. Schnelle, sichere Heilung. Mäßige Preise. 252/7*
 Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125, Oranienb.-Tor. Spr. 8-8, Sonnt. 8-9.

DUCK

DIE NEUE QUALITÄTS-3 Pfg. CIGARETTE
 M/GOLD
 M/HOHLMOST FLACH

GEORG A. JASMATZKI A.G. DRESDEN
 GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

Gebärstreik.

I.

Noch bis vor wenigen Jahren hatte die Sozialdemokratie sich mit der bürgerlichen nach Malthus benannten Anschauung auseinandergesetzt, daß die Ursache allen Elends auf dieser Erde in der zu raschen Bevölkerungszunahme zu suchen sei. Nach dem englischen Ökonomen Malthus (gestorben 1834) hat die Bevölkerung die Tendenz, sich viel rascher zu vermehren, als der Nahrungsraum sich erweitert oder mit anderen Worten: die Bevölkerung nehme rascher zu als die ihr zur Verfügung stehenden Existenzmittel. Das war eine zur Zeit wirtschaftlichen Niederganges in England schlaue ökonomische Lehre, um die Verantwortung für die Not der Zeit auf das Proletariat selbst abzuschieben, das in leichtsinniger Weise Kinder in die Welt setze, ohne auf die angebliche Beschränkung der überhaupt vorhandenen Lebensmittel gebührende Rücksicht zu nehmen. Daran schloß sich dann von bürgerlicher Seite stets die offene Aufforderung, das Proletariat möge seine Geburtenzahl beschränken, und der berüchtigte Rat der Frau Vulpus, gegen große Kinderzahl helfe am besten ein Waschkübel, ist in mannigfachen Variationen den Proletariern erteilt worden, die mit Rücksicht auf ihre große Kinderzahl Lohnhöhungen forderten. Nun besteht ein absoluter Mangel an Existenzmitteln natürlich keineswegs, nur die Verteilung der Güter ist in der kapitalistischen Gesellschaft eine ungerechte und verkehrte; während ein kleiner Kreis von Begüterten im Ueberfluß lebt, muß die breite Masse darben. Auch hindert die Anarchie der gegenwärtigen Produktionsweise die volle Entfaltung aller in Natur und Gesellschaft schlummernden Kräfte zur ausreichenden Erhaltung der ganzen Menschheit.

Da nun seit einigen Jahren die Bevölkerungszunahme in den entwickelten kapitalistischen Staaten langsamer fortschreitet als in früheren Jahrzehnten, malt die bürgerliche Gesellschaft plötzlich das Gespenst des drohenden Ueberflusses das noch schrecklichere des Aussterbens der Bevölkerung an die Wand. Und während bisher das Proletariat sich nach Meinung der Bürgerlichen zu rasch vermehrte, zehert man nun in denselben Kreisen über den Rückgang der Geburtenzahl. Um so auffälliger muß es erscheinen, daß jetzt in Parteikreisen eine Argumentation propagiert wird, die der selbst von Bürgerlichen aufgegebenen Malthusischen Lehre bedenklich ähnelt. Die Frage von einem zu inzestierenden „Gebärstreik“ mischt sich in die ernstesten Diskussionen störend ein. Während die Propaganda der Geburtenbeschränkung als Mittel zur Beseitigung des menschlichen Elends in bürgerlichem Munde wenigstens einen Sinn gibt (nämlich den, das Proletariat über die wirklichen Ursachen seiner Not zu täuschen), kann diese Propaganda von sozialistischer Seite als angebliches „Klassenkampfmittel“ nur falsche Vorstellungen über unsere Aufgaben erwecken.

Die Notwendigkeit der Agitation für den Gebärstreik hat man unseres Wissens durch zwei Momente zu begründen versucht: einmal soll der Gebärstreik das Bürgertum durch Entziehung der Arbeitskräfte und Rekruten treffen und sodann soll der Geburtenrückgang ein Mittel sein, die Lage der Arbeiterklasse im Interesse des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes zu stärken.

Was das erste Moment anbetrifft, so ist es in der Tat richtig, daß das Bürgertum durch den Geburtenrückgang beunruhigt wird, weil es einen größeren Verlust an arbeits- und wehrfähigen Männern fürchtet. In Frankreich zum Beispiel ist die Stagnation (der Stillstand) der Bevölkerung bereits so groß, daß es gegenüber Völkern mit rascher Vermehrung militärisch ins Hintertreffen gerät und daher durch Einführung der dreijährigen Dienstzeit die Lücke im Nachwuchs auszufüllen sucht. Aber gerade das Beispiel Frankreichs zeigt, daß der Geburtenrückgang den herrschenden Klassen ein Anlaß ist, dem Proletariat noch härtere militärische Lasten aufzuerlegen. Die Geburtenverminderung hat die Lage des französischen Proletariats in dieser Hinsicht nicht verbessert, sondern erschwert und es ist kein Zweifel, daß die bürgerlichen Parteien in Deutschland in derselben Situation zum gleichen Hilfsmittel greifen werden. Die Propaganda des Gebärstreiks mit dem Ziele, dem Massenstaat Rekruten zu entziehen, ist daher eine völlig aussichtslose und sehr gefährliche Sache.

Nicht besser steht es mit dem Argument, daß ein Gebärstreik das Bürgertum durch Entziehung der Arbeitskräfte schädigen wird. Schon heute — trotzdem es Hunderttausende von deutschen Arbeitslosen gibt — zieht das agrarische und industrielle Unternehmertum aus wirtschaftlichen und politischen Gründen Hunderttausende von billigen und fügsamen ausländischen Arbeitskräften ins Land. Schon heute hat das deutsche Proletariat schwer unter der Schmutzkonkurrenz dieser meist völlig unangelegten, bedürfnislosen Massen von ausländischen Proletariern zu leiden, die durch ihren schnellen Aufenthaltswechsel im Inlande und die sprachlichen Verschiedenheiten, die Minderjährigkeit ihrer heimatischen Verhältnisse und Denkungsweise usw. der sozialistischen Aufklärung so schwer zugänglich sind. Es wäre Wahnsinn, den Zugang dieser Massen absichtlich zu beschleunigen, oder glaubt man im Ernst, die Bevölkerungszunahme ließe sich so rasch zum Stillstand bringen, daß die Unternehmer diesen Ausweg nicht in genügender Weise (auch zur Heranbildung qualifizierter Arbeiter) benutzen könnten? Oder soll das Proletariat nach Anschauung der Befürworter des Gebärstreiks die Geburtenbeschränkung bis zur Selbstvernichtung treiben?

Ohne diese Möglichkeiten konkret auszumalen, läßt sich die Unrichtigkeit der Argumentation für den Gebärstreik auch durch rein theoretische Überlegungen nachweisen. Die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung beruht auf dem Gegensatz von Kapitalisten und Proletariern. Es ist nun nicht einzusehen, wie durch bloße Verschiebung des Zahlenverhältnisses beider Klassen eine grundsätzliche Aenderung der ökonomischen Machtverhältnisse eintritt, zumal wenn das Zahlenverhältnis zuungunsten der Proletarier geändert wird. Eine Verschiebung der Art, daß die relative Ueberzahligkeit der Proletarier verloren geht, ist innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft undenkbar. Sie liegt schon deshalb völlig außerhalb des Bereichs der Möglichkeit, weil die Bourgeoisie längst den Grad der Bevölkerungszunahme erreicht hat, unter dem eine Vermehrung überhaupt noch gerade gewährleistet wird. Ein Unterschreiten dieses Grades bedeutete eben ein Aussterben. Befürchtungen über den Ausgang des

Klassenkampfes braucht man daher nach keiner Richtung hin weder von zu großer noch zu kleiner Geburtenzahl zu hegen. Die innere Organisation kapitalistischer Wirtschaft sorgt für die Ueberzahligmachung von Proletariern ganz von selbst, so daß eine Gefährdung des Klassenkampfes durch die Geburtenabnahme nicht zu erwarten ist, solange man sich nicht über die Wirkungen dieser Abnahme in Täuschung versetzt.

Durch die früheren Ausführungen ist zum Teil auch schon das zweite Argument widerlegt, daß die Geburtenbeschränkung ein Mittel ist, die Lage der Arbeiterklasse zu heben und sie für den Klassenkampf fähiger zu machen. Daß die Lage des Proletariats als Klasse durch die Geburtenabnahme keine Besserung erfährt, bedarf keiner weiteren Ausführung. Wäre dies Mittel wirklich geeignet, den Arbeitern zu helfen, dann brauchten sie überhaupt kein Streben nach dem Sozialismus und keinen Klassenkampf mehr. Aber in dieser rohen Form (die nur eine Wiederholung Malthusischer Gedanken darstellen würde) vertreten wohl die Befürworter des „Gebärstreiks“ dieses Argument nicht. Vielmehr haben sie wahrscheinlich die Vorstellung, daß eine Proletarierfamilie mit wenig Kindern mehr Zeit und Geld zur eigenen Ausbildung und Teilnahme an der Arbeiterbewegung aufwenden kann als eine mit großer Kinderzahl. Gerade unter den Genoffinnen findet man daher Verteidiger für die Notwendigkeit des Gebärstreiks. Sie schildern lebhaft die Nöte einer Mutter mit acht Kindern, deren Berufs- und Hausarbeiten keine Zeit zum Besuch von Versammlungen oder zur Verteilung von Abonnementsgeldern für die Arbeiterpresse übrig lassen. Diese Beweisführung, die von Tausenden von Proletariern mit dem ganzen Gefühl eigener bitterer Erfahrungen wiederholt wird, ist, so bestechend sie auch erscheinen mag, nichtsdestoweniger falsch. Nicht die geringe Kinderzahl ist der Weg zur sozialistischen Erkenntnis und Politik; denn sonst müßten bürgerliche Schichten oder ausländische Proletarier, bei denen das Zweifelhafte bereits eingebürgerte Sitte geworden ist, im Klassenkampf das deutsche Proletariat überholt haben. Aber gerade in den Ländern, wo die Bevölkerung stagniert, leiden die Arbeiter unter ökonomischem und politischem Druck, ist oft die Arbeiterbewegung selbst gehemmt. Die Fortschritte der proletarischen Befreiung sind denn doch von anderen Faktoren abhängig als von der Kinderzahl. Für das einzelne Individuum mag geringe Kinderzahl eine Erleichterung bedeuten, aber die Schulung für den Kampf einer ganzen Klasse wird davon nicht berührt. Es wäre töricht, die Entwicklung des Klassenbewußtseins in irgendeiner Beziehung zur Kinderzahl bringen zu wollen. Ideen solcher Art sind vielmehr geeignet, die Klarheit sozialistischer Erkenntnis zu trüben.

In bürgerlichen Kreisen, die ein gewisses Verständnis für die sozialen Nöte haben und nicht mit einem rohen „Heißt Euch wie Ihr Euch immer geholt“ gleich dem Düsseldorfser Regierungsrat Bornträger die Anwendung empfindnisverhüllender Mittel als Sünde und Verbrechen schlechtweg verwerfen, wird wohl die Geburtenbeschränkung als soziales „Heilmittel“ und „Vorbereitung für den sozialen Aufstieg der Menschheit“ propagiert. Aber die Wiederholung und Verbrämung dieses Rats mit scheinbar dem Schatz sozialistischer Erkenntnis entnommenen Argumenten verwandelt ihn noch nicht zu einem brauchbaren Ziel proletarischer Taktik. Es heißt nämlich Ursache und Folge völlig verkehren, wenn man eine Erscheinung, wie den Geburtenrückgang, geboren aus der Not kapitalistischer Wirtschaft, und geradezu ein Zeichen kapitalistischer Degeneration, uns empfiehlt als eine Waffe, deren Anwendung unseren Kampf erleichtern soll.

Um die Geburtenbeschränkung zu erklären und zu rechtfertigen, bedarf es solcher Argumente überhaupt nicht. Die zureichende Begründung dafür liegt vielmehr in ganz anderen Erscheinungen, worüber ein zweiter Artikel Aufschluß geben soll.

Die konservative Partei wirbt unter den Frauen.

Der im vergangenen Herbst gegründeten „Vereinigung konservativer Frauen“ scheint das Leben von den männlichen Mitgliedern der eigenen Partei recht sauer gemacht zu werden, trotzdem die Vereinigung im Einverständnis mit der konservativen Parteileitung begründet worden ist und von vornherein unbedingten Rabatiergehorfam zugesagt hat. Denn was man bisher von der Tätigkeit dieser Vereinigung hörte, war nicht etwa Agitation gegen weibliche Mitglieder anderer Parteien, nicht ein Werden in den Reihen der Indifferenten, sondern Agitation gegen die Mitglieder der gleichen Partei und ein Vuhlen um die Gunst der Anhänger der eigenen Weltanschauung. Dieser Kampf um die Anerkennung im eigenen Haus beweist, daß die Bildung einer konservativen Frauenpartei in der Tat einen Bruch mit den bisherigen Prinzipien und der alten Taktik der Konservativen bedeutet, weist darauf hin, daß die neue Vereinigung den Rahmen der konservativen Partei zu erweitern geeignet ist. Konservativismus und Betätigung der Frau auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sind oder besser waren unzweifelhaft sich widersprechende Dinge und wir begreifen das Grauen der alten konservativen Garde vor der neuen Erscheinung, die zunächst als Fremdkörper empfunden werden muß. Aber es wäre Täuschung, wenn wir diese im konservativen Lager noch nicht für voll angelegene Reuebildung darum als weniger gefährlich ansehen wollten oder gar erwarteten, die Vereinigung bliebe immer zu einem Scheinwesen erdichtet. Die Erfahrungen anderer (insbesondere skandinavischer) Länder zeigen, daß die Konservativen auch die Frauen einzugliedern wissen. Gleich wie die Konservativen überall die schlimmsten Feinde des sozialen Fortschrittes sind, so gehören dort auch die konservativen Frauen zu den mächtigsten und gefährlichsten Gegnern der Demokratie. Auch in Deutschland wird die konservative Frauenbewegung ihre Position eringen und es ist ein charakteristisches Zeichen, daß das offizielle Organ der Konservativen, die „Kreuz-Zeitung“, fort und fort ihre Spalten für die Verteidigung der neuen Vereinigung gegen eigene Parteimitglieder zur Verfügung stellt.

Katzenisch geht es bei diesem Kampf um die Daseinsberechtigung nicht ohne Spitz gegen die bisher geltende Taktik der Konservativen in der Frauenfrage ab. In einer Zeitschrift der „Vereinigung“ („Kreuz-Zeitung“ vom 20. d. M.) heißt es:

„Für falsch würden wir es halten, wenn die ganze Angelegenheit nur mit der Begründung zurückgewiesen würde, wie es ist, so soll es auch bleiben.“

Bei der Erörterung der Einzelforderungen der Vereinigung wird sogleich zugestanden, daß

„manches dabei ist, was den konservativen Anschauungen fremd war.“

Und in der Tat liest man in dem Programm Zugeständnisse an Anschauungen, die bis zurzeit von der konservativen Partei heftig bekämpft werden. Die Vereinigung gibt zu, daß

in allen Schichten Millionen von Frauen gezwungen sind, um ihre Lebensbedingung zu kämpfen... daß die Fragen der Frauenbewegung aus einem wirklichen Notstand erwachsen sind... daß, so lebhaft auch der Wunsch ist, die ganze Erziehung aller Mädchen auf den Beruf als Frau und Mutter vorzubereiten, so wenig das möglich ist.

Konservative Frauen haben es weiter „als Mangel empfunden, daß sie ihre Vorschläge nicht direkt an den Stellen anbringen können, bei denen die Entscheidungen liegen“, sie fordern daher eine Präfung.

ob die Forderungen der kirchlichen und kommunalen Wahlrechts mit konservativen Grundsätzen und konservativer Weltanschauung vereinbar sind.

Mindestens könnten eventuell die Arbeitskommissionen der kirchlichen und städtischen Verwaltungen verpflichtet werden, Frauen als Sachverständige zu hören. Das alles sind in der Tat im Munde eines Konservativen trotz aller Verfluchung unerhörte Forderungen. Wir würden uns nicht wundern, wenn der Anti-Frauenemanzipationsbund daraufhin auch der neuen konservativen Frauenvereinigung Fehde ansetzt, zumal die Vereinigung sich selbst gegen den Anti-Bund also wendet:

„Es ist doch nicht zu leugnen, daß die Gegner der Frauenbewegung bisher keine wirksamen Mittel angegeben haben, um die bestehenden Notstände aus der Welt zu schaffen.“

Dadurch, daß die Forderungen der Frauen von der konservativen Parteileitung gebilligt und moralisch unterstützt werden, ergibt sich zugleich die interessante Frage: wie werden die konservativen Parlamentarier in Zukunft zu diesen Forderungen stehen? Eine glatte Ablehnung wie bisher ist unmöglich, da die konservative Partei selbst die Untergrabung eigener früherer Anschauungen fördert. Ein freikonservativer Abgeordneter hat ja bereits im diesjährigen Landtagswahlkampf seinem prinzipiellen Einverständnis zum kommunalen Frauenwahlrecht Ausdruck gegeben.

Die Motive für den Stimmungswandel in der Frauenfrage bei der konservativen Partei liegen klar zutage. Da die Sozialdemokratie, der Liberalismus und, seit kurzem mit vermehrter Energie, auch das Zentrum Frauen in die Partei eingliedern, können die Konservativen nicht zurückstehen und den Segnern das Feld ohne Kampf überlassen. Versteht nicht für die Frauen dieselbe Gefahr in dem Eindringen liberaler und demokratischer Ideen wie für den Mann? fragt die erwähnte Zeitschrift. Als Ansicht des Parteivorstandes wird dazu weiter gesagt:

„Es wurde durchaus anerkannt, daß die maßgebenden konservativen Kreise bisher zu wenig mit den Interessen der Frauenwelt befaßt hätten, daß diese Interessen bei der rapide fortschreitenden Entwicklung unserer Verhältnisse viel komplizierter und schwieriger sind als früher. Viele ehrlich denkende konservative Frauen, die im Beruf stehen, sind in Gefahr, sich an die linke Partei zu wenden, da die größte Zahl der konservativen Herren bis jetzt für berechtigte Wünsche der Frauenwelt kein Ohr hatten.“

Diese scharfe Selbstkritik bestätigt zwar unsere Vorwürfe gegen die Konservativen, aber sie zeigt zugleich, daß die konservative Partei willens ist, ihre Anhängerinnen zu sammeln und sie für den Kampf gegen alle wahrhaft fortschrittlichen Bestrebungen auszurüsten. Die Notwendigkeit des Ausbaues der proletarischen Frauenbewegung wird dadurch nur zwingender. An uns ist es, nachdem zu sein und den gewonnenen Vorsprung zu halten und zu vergrößern!

Frauenarbeit.

Verkaufserinnen mit und ohne Sternchen. Die größeren Spezialgeschäfte sowie bestimmte Abteilungen der Warenhäuser benötigen stets einen Stamm tüchtig vorgebildeter Verkaufserinnen. Hier und da gehen sie deshalb an die Erziehung von Verkaufserinnenschulen oder -kursen, in denen Materialkenntnis gelehrt und die jungen Mädchen mit den Umgangsformen im Bedienen der Kunden vertraut gemacht werden sollen. Man fragt über die mangelhafte Vorbildung der aus den Volksschulen hervorgegangenen Mädchen und berührt, Mädchen aus den „besseren“ Bürgerkreisen mit Töchterausbildung heranzuziehen. Aber die Lommen nicht in hellen Scharen. Mehr und mehr rekrutieren sich die Ladenangestellten aus den Arbeiterkreisen, die nicht in der Lage sind, ihren Töchtern eine bessere Schulbildung angedeihen zu lassen. Ja, sie sind oft genug so dringend auf den Wiederwerb der Kinder angewiesen, daß die Mädchen nicht einmal die Volksschule bis zur obersten Klasse besuchen können.

Um nun aber die wenigen Töchterkinderinnen, die im Verkaufserinnenberufe tätig sind, von vornherein von den aus der Volksschule kommenden Mädchen zu unterscheiden — denn der Gedanke wäre doch gräßlich, wenn Töchterkinderin und Volksschülerin, die die gleiche Arbeit zu verrichten haben, auch als vollkommen gleich angesehen würden —, kommt ein Herr Dito Wörbeck in Dortmund auf die glänzende Idee, ein Abzeichen einzuführen, durch das die Verkaufserinnen in zwei Klassen geteilt werden. Er schreibt darüber in der „Textilwoche“:

„Die Mehrzahl der Verkaufserinnen wird dauernd der Volksschule entstammen. Die höhere Töchterkinderin wird nie in der Lage sein, der großen Nachfrage bezüglich des Nachwuchses zu genügen. Die Töchterkinderinnen und somit die Angehörigen der gebildeten Volksschichten werden, wenn sie diesen Beruf wählen, mit Volksschülerinnen zusammen arbeiten müssen. In Anbetracht dieser Tatsache drängt sich die Frage auf: Ist es nicht ratsam, zwei oder mehr Kategorien von Verkaufserinnen zu schaffen? Die auf erstklassiger Bildungstufe stehenden werden äußerlich kenntlich gemacht, etwa wie beim Postsekretär gegenüber dem Postassistenten der höhere Stand durch das am Kragen angebrachte Sternchen kenntlich gemacht wird. Bei Damen könnte dieses Erkennungszeichen eine eigens zu diesem Zwecke hergestellte Brosche sein, die nach Prüfung aller diesbezüglichen Fragen von einem Ausschuss der gesamten kaufmännischen Verbände beraten werden müßte.“

Mit dieser hervorragenden Idee ist nun zwar nicht das Verkaufserinnenproblem gelöst, aber es wird dafür künstlich der Standeshütel großgezogen und die Angehörigen eines Berufes nach ihrer Herkunft in mehrere Klassen geschieden. Das paßt dann wunderbar schön zum Gerede von dem „Ausgleich der Klassenverhältnisse“, das immer dann einzieht, wenn irgendeine Schicht von Angehörigen sich erlaubt, von gemeinsamen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber denen des Kapitals zu reden.

Vom Arbeitsmarkt der Dienstboten. In bürgerlich reaktionären Kreisen sucht man noch immer die Notwendigkeit der industriellen Frauenarbeit mit dem Hinweis zu widerlegen, daß sich den Frauen zahlreiche und gut lohnende Stellen als Dienstmädchen bieten. Ueber die Lage der Dienstboten, die unter dem schmutzigen Gesinderecht stehen und daher allen Launen ihrer Dienstherrschaft so gut wie schutzlos ausgeliefert sind, soll hier gar nicht gesprochen werden. Auch nicht davon, daß verheiratete Frauen nicht als Dienstmädchen tätig sein können, sondern auf industrielle Arbeit allein angewiesen sind. (Für Aufwartestellen ist dauernd ein großes Angebot von Arbeitssuchenden vorhanden, daß die Nachfrage das Angebot weit übersteigt.) Aber selbst für Dienstmädchen bez-

Gewerkschaftliches.

Gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahner.

Wie die Eisenbahnbehörden mit Argusaugen darüber wachen, daß die Eisenbahnbeamten und -arbeiter unter keinen Umständen das Koalitionsrecht für sich in Anspruch nehmen, ist allgemein bekannt.

Bei der Erforschung solcher rein privaten Angelegenheiten wirkt denn aber gewöhnlich auch die königlich preussische Polizei mit. Wir erinnern da nur an die Auslieferung der auf ungesetzlichem Wege herbeigeschafften Abschriften der Mitgliederlisten der Verwaltungsjahre Essen des Transportarbeiterverbandes an die Eisenbahnbehörde.

Inzwischen ist es jedoch gelungen, festzustellen, daß die Polizei direkt im Dienste der Eisenbahnbehörde steht, um die Beamten und Arbeiter, besonders die Neuingestellten, auf ihre Gefinnung hin zu bespionieren. Ein besonders frisches Beispiel konnte vor einigen Tagen in Bochum festgestellt werden.

Was wäre wohl aus der Existenz des Eisenbahnarbeiters geworden, wenn die um Auskunft angegangene Person ihm feindlich gesonnen und die Antworten auf die Fragen des Polizisten wahrheitswidrig ausgefallen wären?

Kleines feuilleton.

Das Ringeln der Treue. Die portugiesischen Kopalisten, die in Lissabon gefangen sitzen, haben davon gehört, daß demnächst ihr König und Herr Manuel Hochzeit hält, und es treibt sie, ihm ihre treue Anhänglichkeit bei dieser Gelegenheit durch eine Gabe zu beweisen.

Und das Objekt der Untertanentreue? — Wir nehmen an, daß zu den Gefängnissen des Lissaboner Gefängnisses nicht die bildvergierigen Tages- und Wochenpapiere von Aug. Scherl & Co. m. B. dringen, und das ist schade.

Das letzte Bild, dessen wir uns erinnern, zeigte Manuel als Schiedsrichter bei irgendeinem sportlichen Wettkampf in England: ganz bei der Sache, ganz „gent“, so als wenn er sein Leben lang nichts anderes gewiesen wäre als Schiedsrichter, und als wenn er beabsichtigte, diesen Beruf dauernd beizubehalten.

Zu schade, wie gesagt, daß die illustrierten Blätter nicht zu sehen bekommen. Sie hätten ihm dann doch wohl etwas Lustigeres geschenkt als einen zimmernen Ring.

„Moderne Polarforschung“. In der norwegischen Zeitung „Tidens Tegn“ veröffentlicht ein Beamter der Telefunkenstation auf Spitzbergen — also ein wirklich Sachverständiger — einen scharfen Artikel gegen die neuerlich geplanten schwedischen und deutschen Spitzbergexpeditionen.

Masse aller Eisenbahnarbeiter und Beamten wäre es wirkungslos.

Berlin und Umgegend.

Wißstände bei der A. E. G.

Trotz aller Behauptungen der Firma, wonach der Geschäftsgang in den A. E. G.-Betrieben ein sehr guter sein soll, ist die Zahl der Beschäftigten dort fast um die Hälfte reduziert. Auch gegenwärtig werden Entlassungen vorgenommen, die mit Arbeitsmangel begründet werden, wenn auch diese Begründung absolut nicht als einwandfrei betrachtet werden kann.

Nach den Mitteilungen der Versammelten sind die Vereinsmitglieder auch weniger zum Arbeiten zu gebrauchen.

Der Herr A. I., der Vertrauensmann der Gelben, läuft den Tag über mit den Händen in den Hosentaschen herum. Hat also somit gar keine Zeit zum Arbeiten.

Der hat es fertig gebracht, einen Stempel, den die übrigen Arbeiter in dreiviertel Stunden anfertigen, in 14 Stunden zu machen.

Die Firma kann wirklich den Glanz sagen, daß sie fast ausschließlich freiorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen hat, die auch Gewähr für Leistungsfähigkeit bieten, sonst würde es mit den 14 Proz. Dividende für die Herren Aktionäre sehr bald bergab gehen.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Werftarbeiter.

Am Dienstag nahm eine von über 5000 Personen besuchte Mitgliederversammlung der Verwaltungsjahre Ham und Burg des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die in den beiden großen Sälen des Sagerbielischen Etablissements stattfand, zu dem außerordentlichen Verbandstag Stellung.

nach vieljähriger Vorbereitung zum Führeramt übernahmen sie die Leitung einer Expedition, für die sie die tüchtigsten Mitglieder anwerben konnten. „Zeit“ — fährt der Artikel fort — „ist mindestens für Spitzbergen eine Wandering dieser einzig natürlichen Forschungsreise eingetreten.“

Der Artikelschreiber weist darauf hin, daß Spitzbergen nur in seinen entlegensten und wildsten Teilen unerforscht ist, und daß Expeditionen in diese Gegenden die sorgfältigste und gediegenste Ausrüstung und ein besonders erprobtes, widerstandsfähiges Menschennmaterial erfordern.

Leider ist wenig Hoffnung vorhanden, daß diese berechtigte Warnung eines wirklich Sachkundigen die „wissenschaftlichen“ Sportsege zur Besinnung bringt.

Eine Leihbibliothek vor 50 Jahren. Einen interessanten Einblick in die Lektüre, die das Publikum vor einem halben Jahrhundert liebte, gewährt der völlig unberührt erhaltene Bestand einer Leihbibliothek, der sich noch in Almenau befindet.

fügungsbrecht über die Lokalkassenbestände biete. Unter lebhaftem Beifall wurde von einem Redner ausgerufen, daß auf keinen Fall jemand die Vorgänge der letzten Wochen zum Anlaß nehme, aus dem Verband auszutreten.

Die heutige Mitgliederversammlung spricht dem Hauptvorstand die vollste Mißbilligung über sein Verhalten im Kampfe der Werftarbeiter aus.

Die Arbeiter der West von vormalig Henry Koch in Labeck haben am Dienstag, den 29. Juli, in einer stark besuchten Versammlung zu der Bewegung Stellung genommen.

Die Former und Siebereiarbeiter der Eisengießereien in Bunzlau streikten seit längerer Zeit eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen an.

Die Arbeiter, die zum größten Teil dem Metallarbeiterverband angehören, nur eine kleine Anzahl gehört dem Hirsch-Dünder-Gewerksverein an, haben jetzt einmütig die Arbeit eingestellt.

Lohnbewegung der Heizungsmonteure und Helfer in Rheinland-Westfalen.

Der Streik der Heizungsmonteure und Helfer dauert fort. Die Monteure haben noch bei einigen weiteren Firmen die Arbeit eingestellt.

fehlen ganz; das ist besonders bei Goethe merkwürdig, der zu Almenau in so nahen persönlichen Beziehungen gestanden. Von Lessing sind nur drei Werke da; seine ist überhaupt nicht vertreten; auch sonst sucht man die Namen der damals modernen Literatur; die noch heute einen guten Klang haben, vergeblich.

Notizen.

Ein neuer Generalintendant? Es behaupten sich mit einiger Hartnäckigkeit Gerüchte, nach denen der jetzige Hülse-Beherrscher der königlichen Theater und Oberkassamoder, an den Rücktritt denkt.

— Lobengrin, der Liederheilige. Das Lobengrin-Haus in Großgörsch bei Pölsnitz (Sachsen), d. h. das Haus, in dem Wagner den Lobengrin komponiert hat, ist an einen Berliner Fleischermeister verkauft worden.

Einen andern Text versucht die Firma Wechem u. Post, Filiale Münster i. W. Diese hat nämlich an einzelne ihrer Leute folgenden Schreiben gerichtet:

Wir teilen Ihnen mit, daß wir den vom Arbeitnehmerverband aufgestellten Tarif für Sie anerkennen und wollen Sie zu diesen Bedingungen die Arbeit fortsetzen.

Allerdings hat auch dieser Kodex nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Verschiedene Unternehmer scheinen aber auch mit der Annahme des Arbeitgeberverbandes nicht so recht einverstanden zu sein. Bei Uebernahme des neuen Unternehmenstarifs wurde nämlich von Arbeitgeberseite gewünscht, man möge sich doch mal an die Bezirksleitung wenden zwecks Verhandlung. Es scheint, als wenn die Arbeitgeber langsam einsehen, daß sie schlechte Karten bei der Angelegenheit gehabt haben.

Eine Anzahl weiterer Firmen hat im Laufe der zweiten Streikwoche ebenfalls den Tarif anerkannt, so daß jetzt 85 Monteure und Helfer unter den neuen Bedingungen arbeiten.

Im Streit standen am Schlusse der Woche noch 661 Monteure und Helfer.

Wir möchten noch darauf hinweisen, daß die Firmen, die und da versuchen, die eilige Arbeit durch Klempner und Installateure fertig zu stellen. Es darf wohl von diesen erwartet werden, daß sie Solidität üben und irgendwelche Arbeit für die Heizungsfirmen, die bis jetzt den Tarif nicht anerkannt haben, verweigern.

Ausland.

Ein riesenhafter Textilarbeiterstreik

Ist in der spanischen Provinz Katalonien ausgebrochen. Die Textilarbeiter fordern eine 40prozentige bzw. 50prozentige Lohnerhöhung und Verkürzung der 11stündigen Arbeitszeit auf 9 Stunden. Gegenwärtig beläuft sich die Zahl der Streikenden auf 8000, darunter zahlreiche Frauen. Ende der Woche dürfte die Zahl der Ausständigen jedoch mehr als 40 000 betragen. Die Arbeitsruhe in der Textilindustrie zwingt andererseits die Arbeiter zahlreicher anderer Branchen zur Arbeitseinstellung, so daß sich die Zahl der feiernden Arbeiter in der Provinz Katalonien auf 80- bis 100 000 belaufen wird. Zur Verhinderung von Kundgebungen sind bereits mehrere Regimenter nach Barcelona, dem Zentrum der Ausstandsbewegung, zur Verstärkung der dortigen Garnison geschickt worden. Der Militärgouverneur von Barcelona, der wegen seiner unmaßhaltigen Strenge bekannte General Weyler, verfügt über 15 000 Mann Militär und hat in Erlassen an die Bevölkerung erklärt, daß er im Falle von Ausschreitungen oder was er dafür hält, die Truppen rücksichtslos vorgehen lassen werde, so daß man sich auf schlimme Massaker der Streikenden gefaßt machen kann.

Mehrere französische Arbeiter, die in der Bewegung der Textilarbeiter eine Rolle gespielt haben, haben den Ausweisungsbefehl erhalten und sind unter polizeilicher Bedeckung über die Grenze gebracht worden.

Streik in Vau.

Gegen 4000 Arbeiter einer Kautschukindustrie-Gesellschaft und einer mechanischen Fabrik haben die Arbeit eingestellt. Sie fordern eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen.

Die Situation in der Goldstadt.

London, 29. Juli. (Fig. Ver.)

Aus den verteilenden Nachrichten, die aus Johannesburg einlaufen, ist zu entnehmen, daß man in den nächsten Tagen mit dem Wiederausbruch des Generalstreiks rechnen muß. Die Versprechungen der Regierung, mit denen die Bewegung vor drei Wochen endete, haben sich als trügerisch erwiesen. Die Zugeständnisse, die Regierung und Goldgrubenbesitzer den Arbeitern gemacht haben, haben diese nicht befriedigen können. Und so rüstet sich die Arbeiterchaft der Südafrikanischen Union, wie sie bei der Beilegung des blutigen Kampfes vom 4. bis 8. Juli erklärt hatte, zu einem neuen Kampfe, der an einem vorher bestimmten Tage plötzlich ausbrechen soll. Auf diesen Kampf bereiten sich Regierung und Unternehmer vor, die beständig miteinander konterrieren. Neben dem Goldbergbau kommt in dem bevorstehenden Streik die zweitwichtigste Erwerbsquelle der Union: die Eisenbahnen, vornehmlich in Betracht, deren Angestellte ebenfalls dem von dem Gewerkschaftsbund gegebenen Signal Folge leisten werden.

Die Goldgräber haben ihre Forderungen formuliert. Sie umfassen: die Abschaffung aller unedigen Sonntagsarbeit; das Recht der freien Rede und Abschaffung des Gesetzes vom Jahre 1894; ein Achtstundentag einschließlich der Ein- und Ausfahrt; ein einheitliches Lohnsystem; Erhöhung der Höchstentlohnung für Lungenschwindsichtige von 400 auf 700 Pfund; Sicherung des halben freien Tages am Sonnabend; Abschaffung des Systems der schwarzen Listen; zehn Tage Ferien im Jahr und Arbeitsruhe zu Weihnachten, am 1. Mai und 4. Juli. Der 4. Juli wurde bisher in Johannesburg allgemein gefeiert, da sich unter den Bergarbeitern viele Amerikaner befinden, die auch im Auslande den Tag der Unabhängigkeitserklärung nicht ungefeiert lassen. Jetzt soll dieser Tag zu Ehren der Opfer, die am 4. Juli in Johannesburg gefallen sind, gefeiert werden. Die Goldgrubenbesitzer haben den Arbeitern folgendes Angebot gemacht: Konsolidierung aller Hilfsklassen; einen 1/2stündigen Arbeitstag; wöchentliche Lohnzahlungen; Anerkennung der Gewerkschaften, wenn diese keine politischen Zwecke verfolgen; zehn Tage Ferien im Jahre bei halber Lohn; der halbe freie Sonnabend, „wo es möglich ist“. Dieses Angebot haben die Arbeiter nicht angenommen.

Regierung und Grubengesellschaften scheinen den Streik wieder mit Gewalt niederdzwingen zu wollen. Außer dem englischen Militär hat man auch Buren aus entfernten Landesteilen requiriert, die man auf die „verdamnten Engländer“ loslassen will. Schon sind diese Hinterwälder mit ihren Wagen in den Vorstädten Johannesburgs erschienen. Die „Rand Daily Mail“, das einzige Blatt in der Goldstadt, das den Magnaten nicht mit Leib und Seele ergeben ist, schreibt zu diesem Plane:

Es scheint als ob ein toller panischer Säreden den Thron der Vernunft usurpiert hätte. Beachtlich man, den Massenhaß auf dieser verdrehten Orgie des Bösen herbeizurufen? Wahrscheinlich, wenn dieses Land von den Göttern verflucht ist und wenn sie auf seinen Ruin bedacht sind, läßt sie die Saat des Massenhaßes auf einen sehr fruchtbaren Boden.

Der panische Schrecken, der sich der Regierung bemächtigt hat, ist nicht in letzter Linie auf die Unruhe unter den schwarzen Arbeitern zurückzuführen. Charakteristisch für diese Erscheinung sind die Ausführungen des Organs der afrikanischen politischen Organisation, einer Gesellschaft der Eingeborenen der Union. Dieses schrieb zu den letzten Unruhen:

Das Militär führte die Befehle mit brutaler Wildheit aus. Die Eingeborenen wurden von der Regierung mit dem Militär bedroht, als sie sich weigerten, in dem Augenblick in die Gruben einzufahren, in dem es ihren mächtigen Arbeitgebern gefiel. Sie müssen sicher doch das einfache Recht haben, ihre Arbeitskraft vorzuenthalten, wenn sie zur Arbeit nicht geneigt sind. Gerade wie die Weichen müssen sie das Recht haben, als Körperschaft diese Stellung einzunehmen und sie müssen lernen, die Organisation für ihre Zwecke zu gebrauchen.

Der Artikel fordert dann einen Lohn von 5 Schilling den Tag für schwarze Arbeiter. Der Kampf zwischen den „weißen Stämmen“ hat auch den schwarzen Arbeiter auf den Plan gebracht.

Mit den Nachrichten über die kritische Situation am Rand laufen auch die ersten brieflichen Nachrichten über die Nordstaaten des Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neudöln. Für den

Militär vom 4. und 5. Juli ein. Der „Daily Citizen“ veröffentlicht einen Brief, den ein in Johannesburg wohnender Schotte an seinen Bruder in London gerichtet hat. Der Briefschreiber war Augenzeuge eines Teils der Ereignisse und berichtet seinem Bruder, daß er, der hinter der Polizei stand, nicht gehört habe, daß man die Menge gewarnt habe, ehe man Salven auf sie abgab. „Kaltblütig überlegter Mord“, schreibt der Schotte, „ist die einzig passende Beschreibung für die Taten, die hier seit Freitagabend begangen worden sind“. In bezug auf die Nordstaaten der Johannesburger Kapitalisten, die als Spezialkonstabler eingeschoren wurden, schreibt er seinem Bruder:

„Männer, Frauen und Kinder wurden von einer erbarmungslosen Hand von Scheusalen niedergeschlagen, die sich fürchteten, ihre dreidigen Knochen der Gefahr auszuliegen und aus den Fenstern des Klubs heraus auf das Volk zu schießen. Da ist ein Kaufmann, der soeben ein gewaltiges Warenhaus errichtet hat, den man gesehen hat, wie er von einem Fenster aus einen Mann todschoss, und als dessen Freund kam, um ihn aufzuheben, schoss er diesen auch tot, so daß er auf seinen Freund fiel. Dann zielte er mit seinem Gewehr auf eine Frau, die augenscheinlich die Frau eines Streikenden war, und nieder fiel sie. Ein unbewaffneter Mann kam hervor, um sie aufzuheben, und während er das tat, wurde er von Schüssen durchbohrt. Kann man glauben, daß solche Ungeheuer unbestraft bleiben sollen und daß die Obrigkeit ihnen Gewehre zur Verfügung in die Hand gibt?“

Dem „Daily Citizen“ wird aus Johannesburg gemeldet:

„Alles deutet darauf hin, daß die Regierung beabsichtigt, den kommenden Streik mit Gewalt zu unterdrücken; aber die Streikenden sind keine Kinder. Niemand jeder von ihnen hat einen Krieg mitgemacht und ist mit einer automatischen Pistole von großer Schnelligkeit und Präzision ausgerüstet. Dazu muß man bedenken, daß die Bergarbeiter als Körperschaft an den Kämpfen, die vom 4. bis 6. Juli stattfanden, nicht teilnahmen. Sollte man die Bergarbeiter aufregen, so wird die Regierung selbst mit Hilfe der Feldgeschütze große Schwierigkeiten haben, die Arbeiter zu besiegen. Viele der Arbeiter sind natürlich Mitglieder der aktiven Bürgerwehr und an diese hat der Gewerkschaftsbund einen dringenden Aufruf erlassen, ihre Kameraden nicht auf den Befehl der von den Kapitalisten beherrschten Regierung abzuschlagen.“

Gerichts-Zeitung.

Von der Arbeit Arbeitswilliger.

Aus Anlaß eines Streiks bei einem Neubau von der Firma Rieisch in der Dreieckstraße am Tempelhofer Felde kam es im März d. J. zwischen einigen Streikposten und sogenannten Arbeitswilligen zu einer Schlägerei. Fünf von den noch jugendlichen Bauarbeitern hatten sich daher vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof wegen vorläufiger Körperverletzung und Verleumdung, zum Teil auch wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Sie wurden zu einer Woche bis 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die erste Ferienkammer des Landgerichts Berlin II erkannte gestern auf Verwerfung der von den Angeklagten eingelegten Berufung. Nur bezüglich des Angeklagten Klammer, der zu zwei Monaten und einen Tag Gefängnis verurteilt war, gelang es dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schreindl den Nachweis zu führen, daß der Angeklagte sich nur durch die allgemeine Erregung der Streikenden zu unbesonnenem Handeln habe hinreichend lassen. Das Gericht hob gegen Klammer das Urteil auf und erkannte auf 180 M. Geldstrafe, eventuell für je 5 M. Geldstrafe einen Tag Gefängnis.

Die spendable Schwiegermutter.

Unter der Anklage des Betruges im kraßscharfen Rückfalle hatte sich gestern die Wirtschaftlerin Julie Emter vor dem Strafgericht zu verantworten. Der in einem hiesigen Gymnasium angestellte Kastellan Bergmann suchte vor einiger Zeit, nachdem seine Ehe geschieden worden war, eine Wirtschaftlerin. Er engagierte schließlich die jetzige Angeklagte Emter, ohne zu ahnen, daß diese erst kurz vorher nach Verbüßung einer Betrugsstrafe aus dem Zuchthaus entlassen worden war. Nach einiger Zeit zog auch die 19jährige Tochter der E. zu ihr. Zwischen D. und dem Mädchen entwickelte sich ein Liebesverhältnis, welches auch zu einem Verlöbniß führte. Die Schwiegermutter in spe begann nun eine sehr emsige Tätigkeit, um bis zu dem bevorstehenden Hochzeitstermin eine gute Aussteuer zu schaffen. Sie kaufte alles mögliche und gab das Geld mit vollen Händen aus. Als schon alle Vorbereitungen zu der Hochzeit getroffen waren, trat ein Ereignis ein, welches den zukünftigen Ehemann aus allen Himmeln riß. Die spendable Schwiegermutter wurde plötzlich von der Kriminalpolizei verhaftet. Das Geschäft auf eine Anzeige eines Maschinenstreich hin. Die Angeklagte hatte diesem unter Vorlegung aller möglicher Papiere vorgezeigt, sie träte demnächst eine Erbschaft von 20 000 M. an, sie habe nähere Beziehungen zu dem Rechtsanwalts Dr. Schmidt und einem hiesigen bekannten Zeitungsbesitzer, so daß sie in der Lage sei, seinem Sohne eine gute Stellung zu beschaffen. Diese Erzählungen hatten St. veranlaßt, der Angeklagten nach und nach 1400 M. zu leihen.

Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die vielfachen Vorstrafen der Angeklagten und ihr recht raffiniertes Vorgehen auf 2 Jahre Zuchthaus, 450 M. Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust.

Aus aller Welt.

Sternidel hingerichtet!

Eine Depesche meldet: Frankfurt a. O., 30. Juli. Der Raubmörder August Sternidel ist heute morgen hingerichtet worden. Die Hinrichtung wurde um 6 Uhr früh von dem Scharfrichter Schweg aus Breslau vollzogen. Sternidels ebenfalls zum Tode verurteilte Komplizen bei der Drzewiger Mordtat, der 19jährige Franz Schlie wenz und der 23jährige Georg Kersten, wurden in letzter Stunde zu lebenslänglicher Zuchthaus begnadigt.

Unsere färslich entgegen anderen Mäntern ausgesprochene Vermutung trifft also zu, daß die von Sternidel unter Vernehmung ihrer Notlage zu ihrer abscheulichen Tat verführten beiden Mittäter begnadigt sind. „Vegnadigt“ — zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Wie sieht es nun mit der Plagwitzer Raubmordaffäre? Dürfte Sternidel hingerichtet werden, bevor auch wegen des Plagwitzer Raubmordes und seiner anderen Untaten im ordentlichen Verfahren seine Täterschaft festgestellt war? Es war die Strafverfolgung erforderlich, weil das Gesetz die Verfolgung des Täters verlangt und weil die Nichtverfolgung einen Unschuldigen der Gefahr einer Verfolgung aussetzt. Weshalb ist das Verfahren wegen des Plagwitzer Mordes nicht zu Ende geführt? Es wäre das Verfahren auch deshalb am Plage gewesen, weil es Markel darüber geschaffen hätte, ob in der Tat die nach 1905 erfolgten von Sternidel verübten Greuelthaten unmöglich gewesen wären, wenn das Amtsgericht Löwenberg nicht den vom Mühlenbesitzer Wenner als Sternidel rekonstruierten festgenommenen Mörder entlassen hätte — weil er Papiere auf den Namen eines gewissen Krautmann besaß.

Inseratenteil verantw.; Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Auf einem Ferienausfluge ertrunken.

Einen traurigen Abschluß fand eine Ferienpartie, die zwei Berliner Herren unternahmen. Sie wanderten nach Neugermühle bei Oberswalde und rasteten in dem Fischerhause von Gerike. Von dort aus suchten sie den nahen Samitzsee auf und nahmen ein Bad. Die beiden Herren schwammen ein Stück in den offenen See hinaus und plötzlich ging der eine von ihnen unter. Sofort tauchte der Begleiter, der nichts Gutes ahnte, unter, um den Freund zu erfassen, doch vergeblich. Der Letztere war bereits in der Tiefe verschwunden. Die Leiche des Ertrunkenen konnte bisher nicht geborgen werden.

Kleine Notizen.

Den Gatten im Schlafe ertrunken. Die Ehefrau des Glas- und Malers Rysal in Lohr am Main erstickt gestern ihren im Bett liegenden schlafenden Mann. Die Frau stürzte darauf mit ihren vier Kindern zu ihrer Mutter, wo sie verhaftet wurde.

Ubermals eine Automobilkatastrophe. Auf der Chaussee zwischen Markersdorf und Schlauroth bei Gölzig verunglückte ein mit vier Personen besetztes Automobil, indem es gegen einen Baum fuhr. Der Kaufmann Otto Schimpf, Mitinhaber der Kognakfirma R. Vahr, wurde getötet, eine Kellnerin erlitt einen Armbruch.

Schwerer Hagelstich in Südtirol. Am Dienstag hat in Südtirol zwischen Arco und Riva Hagelstich die Weingefilde zerstört. Der Schaden beträgt über eine Million. Die Schlofen erreichten Giergöhe. In der Nähe fiel sogar ein Eisklumpen im Gewicht von 1,92 Kilogramm nieder.

Bootsunglück in Frankreich. Im Luché-Beings im Departement Sarthe kenterte auf dem Loire-Fluß ein mit sieben Personen besetztes Boot. Vier Personen ertranken.

Hundert Personen infolge Mehlverfälschung erkrankt. Infolge des Auftrages der Staatsanwaltschaft von Sienne, Departement Jfère, wurde der Bäcker Dieff in St. Priest verhaftet, weil er eine große Menge Mehl mit Barut vermischt und daraus Brot gebacken hatte. Etwa hundert Personen waren infolge des Genußes dieses Brotes erkrankt.

Betrogene Spyhuben. Eine schwere Enttäuschung dürften die Diebe erlebt haben, die aus der Kolonialabteilung der Genter Weltausstellung die beiden Goldbarren, die angeblich einen Wert von 100 000 Frank besaßen haben sollten, entwendet haben. Nach einer Mitteilung des Kolonialministeriums handelt es sich lediglich um Nachahmungen, deren Gesamtwert nicht mehr als 1,50 Frank beträgt.

Veranmlungen — Veranstaltungen.

Veran für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 3. August: Ausflug nach Arcis Schaller (zwischen Legel und Waldmammst.) Treffpunkt von 11 Uhr im Schockentrag. Fahrgelassenheit mit der Bahn bis Legel oder Waldmammst. (30 Minuten Fußweg) oder Strahnbahn 26 und 31 bis Legel und 28 bis Wittenau.

Wetterprognose für Donnerstag, den 31. Juli 1913.

Etwas wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei mäßigen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. B. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Am 29. d. M. verstarb unser Genosse, der Seemann Paul Luttig Härtenberger Str. 5. Tel. 603. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 1. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Hions-Archhofes in Nordend aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.	Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autodroschkenführer Anton Krolik am 27. Juli im Alter von 37 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 31. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilighofes in Nordend, Berliner Str., aus statt. 6772 Die Bezirksverwaltung.
Todesanzeige. Am Dienstag, den 29., erlitt ich nach langem schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Schwieger- und Strohpaier, der Paul Luttig Härtenberger Straße 5. Um stille Teilnahme bitten im Namen der Hinterbliebenen Therese Luttig und Kinder. Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. August, nachmittags um 4 1/2 Uhr, von der Halle des Hions-Archhofes aus statt.	Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gewerkschaftsleiter Wilhelm Wesenigk am 27. Juli im Alter von 51 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 31. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Heilighofes in Nordend, Berliner Str., aus statt. 16419 Die Ortsverwaltung.
Sozialdemokratischer Wahlverein Spandau. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied Otto Sandenbusch am Montag, den 28. Juli, morgens 1 Uhr, im Alter von 39 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 31. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs in den Rissen aus statt. Rege Beteiligung erwartet Der Vorstand.	Rudolf Zebel im 66. Lebensjahre. Dies zeigen in tiefer Trauer am Frau Klara Zebel geb. Widmann. Gertrud und Charlotte als Töchter. Berlin, Wilmersdorf, 17039 Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. August, um 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilighofes in Mariendorf, Hilmendorfer Straße, aus statt.
Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Am Montag, den 28. Juli, morgens 1 Uhr, verschied unser Mitglied Otto Sandenbusch im Alter von 39 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Friedhof in den Rissen statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.	Berta Sasse geb. Woller. Um herzliche Teilnahme bitten Ernst Sasse nebst Kindern. Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 1. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Am Montag, den 28. Juli, morgens 1 Uhr, verschied unser Mitglied Otto Sandenbusch im Alter von 39 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Friedhof in den Rissen statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.	Dauftragung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir unseren herzlichsten Dank. Witwe Amalie Dittig nebst Kindern.

Der Brand der Norddeutschen Eiswerke in Plöhensee.

Der Riesenbrand der Norddeutschen Eiswerke in Plöhensee, der am Dienstagabend ausbrach und die Nacht über andauerte, hat nicht nur schweren Schaden angerichtet, sondern auch ein Menschenleben gefodert.

Zu spät alarmiert.

Die Berliner Wehr wurde zunächst nach der Birkenstraße 28 alarmiert. Als der 15. Zug dort ankam, sah Brandmeister Steiner nur dicken Qualm, der jede Uebersicht erschwerte.

Diese Verzögerungen sind darauf zurückzuführen, daß Plöhensee einen eigenen Gutsbezirk bildet, der weder zu Berlin, noch zu Charlottenburg gehört. Der Feuerzweig ist dort natürlich sehr gering.

Die Ursache des Brandes.

Als Ursache des Brandes wird angegeben, daß Kinder außerhalb der Umzäunung mit Streichhölzern gespielt und Stroh in Brand gesetzt hätten. Das Feuer ergriff einen Holzgaun, der das Gebäude der Eiswerke umgibt, und pflanzte sich dann auf die umliegenden hölzernen Baracken fort.

Der Gutsbesitzer von Plöhensee war während der Nacht noch mit mehreren Beamten bemüht, zu ermitteln, welche Kinder das gefährliche Spiel mit dem Feuer getrieben haben.

Die Eisfabrik der Werke ist vom Brande nicht berührt, so daß der Betrieb fortgesetzt werden kann.

Partei-Angelegenheiten.

Lotalliste und Erntefest.

Franz-Buchholz N.-B. Am Sonntag, den 8. und Montag, den 9. August, findet hier das Erntefest statt.

Wannsee. Am Sonntag, den 8. August, von nachmittags 3 Uhr an, feiert der Wahlverein im Restaurant „Fürstentof“ sein diesjähriges Sommerfest.

Berliner Nachrichten.

Die sozialistische Liedertafel New Yorks in Berlin.

Am Dienstagabend fand im Gewerkschaftshaus zu Ehren der sozialistischen Liedertafel ein Kommerz statt. Die Genossen aus Amerika — fast durchweg Deutsch-Amerikaner — hatten sich in stattlicher Anzahl an zwei langen Tischreihen niedergelassen.

Unter ihnen befanden sich der Führer Adolf Jablonski und die Reisesomiteemitglieder B. Eichhorn, F. Forster, F. Rudolph und Dirigent G. Steil.

Nachdem der Gesangverein beendet, begrüßte Genosse German Müller die ausländischen Gäste in einer kurzen Ansprache.

Wir haben in den letzten Jahren öfters Gäste in Berlin gehabt, zum Beispiel anlässlich der Demonstrationen gegen den Imperialismus und für den Völkerverein.

Es waren für die Berliner Genossen immer Kampftage und Festtage, wenn ausländische Genossen bei uns weilten. Auch der heutige Tag ist ein Festtag, da wir als liebe Gäste die Mitglieder der New Yorker „Liedertafel“ hier begrüßen dürfen.

In den Jahren 1872 bis 1876 war New York der Sitz des Generalkrats und Generalsekretär war Genosse Sorge. Von Amerika wurde unseren Genossen während des Sozialistengesetzes wirksame Unterstützung gewährt und umgekehrt taten unsere Genossen Schlüter, Wolfenbuh, Jonas, Bahstsch und Grottkau das ihre zur Verbreitung des Sozialismus in Amerika.

Der Erde Glüd, der Sonne Bracht, Des Weistes Licht, des Wissens Nacht, Dem ganzen Volke sei's gegeben, Das ist das Ziel, das wir erstreben!

Die Ausführungen des Genossen Müller lösten jubelnden Beifall aus.

Hierauf nahm Genosse Jablonski das Wort und dankte im Namen der amerikanischen Genossen für den herzlichen Empfang. Er freute sich, wiederum an dieser historischen Stätte stehen zu können, wo er vor zwei Jahren schon einmal gestanden habe.

Nachdem die beiden Ansprachen beendet waren, nahm das reichhaltige und geschmackvoll ausgewählte Programm seinen Fortgang. Die „Typographia“ und Herr Emil Kühne vom Residenz-Theater brachten ernste und heitere Lieder und Dichtungen zum Vortrag.

Am Schluß der Feier überreichte Genosse Jablonski dem Genossen Müller für die deutschen Genossen ein sehr hübsches Diplom zur Erinnerung an die schöne Feier und zum Danke für gastfreundliche Aufnahme.

Am Dienstagnachmittage hatten die amerikanischen Gäste den Vorwärtsbetrieb in der Lindenstraße besichtigt, nachdem bereits am Montag ein Teil einer Einladung nach Nowolnae gefolgt war.

Die abermalige Verlängerung der Hundesperre.

Die weitere Verlängerung der Hundesperre — wenn auch in gemildeter Form — hat unter den Tierfreunden sehr enttäuscht und von neuem wird die Frage über die Notwendigkeit dieser Maßnahme ernstlich erörtert.

Der „Deutschen Tageszeitung“ wird von tierschützerischer Seite geschrieben:

Die Hundetollwut ist eine Krankheit, von der zwar ziemlich jedermann sich ein stereotipes und etwas fabelhaftes Bild macht, die aber selbst die wenigsten Tierärzte aus eigener Anschauung kennen.

Zweifellos ist die als Wohlthat für die Gesamtheit gedachte Maßnahme doch nur dann zu rechtfertigen, wenn sie durch die Notwendigkeit begründet ist.

Unter diesen Umständen wäre es wohl angezeigt, daß die maßgebenden Instanzen die Frage der Notwendigkeit einer weiteren Verlängerung der Sperre mit Wohlwollen und unter Berücksichtigung der beachtenswerten Einwände in Betracht ziehen.

Aus Not in den Tod.

In erschreckender Weise häufen sich die Fälle, daß Leute aus Arbeitslosigkeit in den Tod gehen, um dem Elend aus dem Wege zu gehen.

Man lese nur folgende Lokalmeldung:

Auf schreckliche Weise hat sich Dienstagabend der dreißig Jahre alte Tischler Richard Schulze, Höchststraße 42 ums Leben gebracht.

Klage gegen den Berliner Magistrat.

Die auswärtigen Brauereien haben jetzt eine gemeinsame Klage gegen den Magistrat Berlin wegen der Besteuerung des von ihnen nach Berlin eingeführten Bieres angestrengt.

Gestohlene Haare.

Für 6000 M. Haare erbeuteten Einbrecher, die in der vergangenen Nacht dem Friseurgeschäft von Kassa in der Bergstr. 5 zu Neukölln einen Besuch abstatteten.

Der Zeit weit vorausgeeilt ist ein Postamt Berlin-Schöneberg, das eine uns vorliegende Postkarte wie folgt abstempelte: 5. 8. 14, 11—12 R. Hiernach lebt man in Schöneberg bereits im Monat August des Jahres 1914.

Aus der Panke gefischt wurde gestern nachmittage an der Uferstraße von spielenden Kindern die Leiche eines neugeborenen Mädchens.

Aus dem Landwehrkanal gelandet wurde gestern vor dem Hause Kottbuser Ufer 3 die Leiche des 26 Jahre alten Ladierers Hans Plienthal aus der Stuttgarter Str. 57 zu Neukölln.

Von einem Frachtwagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern nachmittage der 58 Jahre alte Invalide Julius Kurian vom Weidenweg.

Schlafstreckenschwindler sind fortgesetzt an der Arbeit und beschwindeln und bestehlen Vermieter. Dieser Tage gab sich ein solcher Bursche in einer Schwankwirtschaft im Nordwesten der Stadt als Monteur aus und ein arbeitsloser Maurer nahm den Mann in die Wohnung als Mieter auf.

Zu dem Ueberfall in der Kochmannstraße auf die unberechnete Elise Schmidt wird uns mitgeteilt, daß sich bei der Kriminalpolizei im Laufe des gestrigen Tages mehrere Personen gemeldet haben, die aber für die Ermittlung des Täters nur wenig wertvolle Mitteilungen machen konnten.

Von Unbekanntem heimgekehrt wurde gestern der Korrektor Sch. in der Karpfenstraße 19 zu Treptow. Seine Angehörigen machten einen Auszug, und als Sch. aus dem Geschäft kam, sah er plötzlich in der Wohnung ein paar fremde Schnürstiefel stehen. Dafür fehlten die neuen Kugelfüße. Sämtliche Schreibschreiber und Schubladen sonstiger Möbel waren durchwühlt. U. a. sind gestohlen eine sechseckige goldene Damenuhr (auf der Rückseite gravierte Tauben), eine breite goldene Herrenuhrkette, ein goldenes Kettenarmband mit großem Opal usw.

Beim Angeln ertrunken ist gestern nachmittag gegen 5 Uhr ein noch unbekanntes Anabe von etwa 14 Jahren. Der Junge hielt eine Rute mit einer Angelschnur hinter dem Rücken Busch in die Spree. Er legte sich dabei zu weit über die Brüstung, verlor das Gleichgewicht und fiel in das Wasser. Augenzeugen des Vorfalls machten sich sofort an die Rettung des Anabes. Es gelang aber erst nach einer Weile, ihn herauszuziehen. Wiederbelebungsbefuche, die man mit dem Ertrunkenen anstellte, blieben ohne Erfolg. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schaubause gebracht. Der unbekanntes Anabe ist 1,49 Meter groß und schlank, hat dunkelblondes Haar und trug einen dunkelblauen Anzug, ein weißes Hemd, graue Strümpfe und schwarze Schnürschuhe.

Dachstuhlbrand. Gestern früh um 4 Uhr stand der Dachstuhl des Hauses Kopernikusstr. 6 in Flammen. Es brannten dort Bretterwände, Fußböden, der Inhalt der Vordachvorsätze, sowie Schalldecken und Babestuben im 4. Stock. Ueber die schon verqualmten Treppen und eine mechanische Leiter wurde angegriffen und dadurch nach kräftigem Wassergeben eine weitere Ausdehnung verhindert.

Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters im August 1913.

Das Berliner Philharmonische Orchester veranstaltet im nächsten Monat an folgenden Tagen Volkskonzerte:

- am 2. und 30. in der Brauerei Königstadt,
- 8. 23. in den Concordiasälen,
- 8. in der Neuen Welt,
- 13. und 29. in der Brauerei Friedrichshain,
- 16. 27. in den Germaniasälen.

Ein Vorverkauf von Eintrittskarten findet bei der Berliner Gewerkschaftskommission am Engelauer 15, Zimmer 13, statt. Ein Teil der Billets ist auch im Vorverkauf in den betreffenden Establishments zu haben. Die übrigbleibenden Billets werden an der Abendkasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf.

Billets zu dem am 2. August in der Brauerei Königstadt stattfindenden Konzert sind noch im Bureau des Wahlvereins des 6. Wahlkreises, Gerichtstr. 71, zu haben.

Arbeiter-Bildungsschule. Am Sonntag, den 3. August, mittags 1 Uhr, Besichtigung der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlstand in Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12. Diese findet unter sachmännlicher Führung statt. Teilnehmer versammeln sich bis 1/2 Uhr im Lokal von S. Konell, Fraunhoferstraße 13. Anschließend an die Besichtigung Spaziergang, Kaffeeholen und Spiel. Für Rückzugler Treffpunkt im Deutschen Kronprinzen, Inhaber Richard Dind., am Spandauer Schiffbrücken. Straßenbahn zur Ausstellung: 64, 164, 7, 10, 90, 54, Q, N, P, T. Mitglieder, Gäste und Angehörige sehr willkommen.

Der Sängerkorps Wedding, M. d. D. A.-S.-V. Gau Berlin, veranstaltet am Sonntag, den 3. August 1913, im Seebad Reinickendorf ein Solal- und Instrumental-Gesamtkonzert unter Mitwirkung des Berliner Musikvereins. Eröffnung 2 Uhr, Anfang des Konzerts 4 Uhr. Eintrittskarte im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen.

Vorort-Nachrichten.

Parteitag und Parteifakt.

Auf der Tagesordnung der Generalversammlung des Wahlvereins Bezirk Lichtenberg stand am Dienstag: 1. Stellungnahme zum Parteitag, 2. Stellungnahme zur Kreis- und Verbandsgeneralversammlung und 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung führte als Referent

Genosse Jaffe aus: Wie vor zwei Jahren findet der Parteitag in Jena statt und wie damals die sogenannte linke Gruppe mit der Haltung des Parteivorstandes nicht einverstanden war und auf seine Reorganisation und auf Aenderung der Taktik drang, so steht es diesmal ähnlich. Nach den Reichstagswahlen wurde im Gegensatz zu dem Grundsatze, den Wahlkampf aus eigener Kraft zu eröffnen und durchzuführen, der Weg der Dämpfung eingeschlagen. Dieser ist seitdem der Leitstern geblieben. Es wird nicht mehr in erster Linie auf die Propagation unserer Grundsatze und auf die Zahl der abgegebenen Stimmen und erst in zweiter Linie auf die Zahl der Mandate geachtet, sondern umgekehrt. Bei der Taktik ist die Frage maßgebend geworden: Wie stellen sich die bürgerlichen Parteien, wie stellt sich der Liberalismus zu der Frage. Die Landtagswahlen sind ein schlagender Beweis dafür, daß seitens des Vorstandes nicht alles in Bewegung gesetzt ist, der doch maßgebend ist, wenn auch der geschäftsführende Ausschuss die Verantwortung trägt. Wie vor 2 Jahren wird auf dem Parteitag Kritik an der Haltung des Parteivorstandes geübt und klar gelegt werden müssen, daß die Meinung der breiten Masse mehr zum Ausdruck kommen müsse. Der Stillstand oder keine Rückgang in der Organisation in einigen Orten ist ein bedauerliches Zeichen. Gewiß hat die wirtschaftliche Krise und die Arbeitslosigkeit ihr Teil dazu beigetragen, auch hat der preussische Landtagswahlkampf nicht gebracht, was man erhoffte. Ueber die Gründe einer scheinbaren Stagnation muß Klärung geschaffen werden.

In der Haltung der Reichstagsfraktion ist leider ein ganz gewaltiger Umschwung eingetreten. Der alte Grundsatze ist verlassen; diesem System, speziell dem Militärsystem, keinen Raum und keinen Groschen. Von dem Reichstag, in dem die Sozialdemokratie mit 110 Abgeordneten die stärkste Fraktion bildet, sind zwei Militärvorlagen angenommen, die alle ihre Vorgänger in den Schatten stellen. Recht unvorteilhaft sieht die Haltung der Fraktion von der kleineren Fraktion aus, die alle Nachmittel entfaltete, um den Militarismus zu bekämpfen. Die Zahl der Abgeordneten ist größer, ihr Erfolg geringer geworden. Gegen die Militärvorlage ist ja hiermit energisch gekämpft. Es sind aber nicht alle Nachmittel angewendet. Die Fraktion war zu sehr darauf bedacht, die Geschäfte des Reichstages durchzuführen. Noch viel bedauerlicher aber ist die Bewilligung der Mittel für die Militärvorlage durch die Fraktion. Auch wenn die Mittel von den Besitzenden aufgebracht werden, hätte die Fraktion die Mittel für die Militärvorlage verweigern müssen. Bei anderen Gesetzen, die Verbesserungen der Lage für die Arbeiter brachten, hat sie mit Recht sich stets die Frage vorgelegt: welche Verschlechterung bringt das Gesetz und dann dieser Verschlechterung willen das Gesetz abgelehnt. Hier hätte sie zur Ablehnung der Dedungs-vorlage kommen müssen, getreu dem Grundsatze: keinen Raum und keinen Groschen diesem System. Der Parteitag muß zu dieser Frage Stellung nehmen und eine Richtschnur aufstellen.

Nachschick der Raiffeiser hat der Chemnitzer Parteitag den alten Beschluß aufgehoben, daß die Parteigenossen, die sich in angestellter Stellung befinden, ihren Lohn abzuführen haben. Das ist der erste Schritt zu einem Erbegräbnis für den 1. Mai. Der Vorschlag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, nur die Partei- und die Gewerkschaftsangehörigen sollten den Lohn abführen, bedeutet eine Sonderbesteuerung für einen kleinen Teil der Parteigenossen. Der alte Beschluß muß erneuert, der Partei-

feiergedanke aufs neue geklärt und dem Drängen entgegengetreten werden, die Raiffeiser auf den Sonntag nach dem 1. Mai zu verlegen.

Erwünscht ist es, die Frage des Massenstreiks auf die Tagesordnung zu setzen. Es gilt schärfere Waffen zu schmieden und zu ergreifen. Der Unterschied zwischen rechts und links ist hierbei völlig verwischt. Die Mittel zur Erringung des Wahlrechts für den preussischen Landtag haben versagt, ein gewaltiger Zug ging durch das Proletariat, als die Demonstrationssammlungen stattfanden und das Recht auf die Straße erobert wurde. Da tauchte die Frage der Anwendung des politischen Massenstreiks zur Erringung des preussischen Wahlrechts auf. Es sind Bedenken geltend gemacht, ob das Mittel zum Ziel führen würde und ob es gelingen werde, die Inorganisierten und die Unorganisierten mitzureißen. Mehr wie bisher muß auch in Gewerkschaftskreisen darüber gesprochen werden, daß es als letztes Mittel für den Arbeiter nichts als den Massenstreik gibt, kein anderes Mittel, als seine ganze Existenz aufs Spiel zu setzen, um Vorteile für seine Klasse zu erreichen. Beim letzten Landtagswahlkampf war weniger Begeisterung, Lust und Liebe der Beteiligten zu bemerken, als bei manchen Stadtverordneten- oder Gemeinderatswahlen. Es war seitens der führenden Parteigenossen verabsäumt, die Masse aufzupeitschen. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, daß ohne Kampf an einen Sieg nicht zu denken ist. Einen vom Genossen Unger gestellten Antrag auf Einschränkung der Delegiertenzahl zum Parteitag bittet Redner bis zum nächsten Parteitag zurückzustellen, da seitens des Parteivorstandes und Parteiausschusses der berechtigte Wunsch ausgesprochen ist, Organisationsfragen nicht zur Diskussion zu stellen.

In der Diskussion

tritt Genosse Sydow den Ausführungen des Referenten bei und unterstreicht besonders den Tadel gegen die Reichstagsfraktion wegen ihrer Zustimmung zur Dedungsfrage. „Ich war,“ führt Redner unter anderem aus, „zur Zeit der Abstimmung zu einer Uebung im 41. Regiment einberufen. Wir waren recht unangenehm überrascht, als wir durch Zufall von der Abstimmung Kenntnis erhielten. In einem Hotel hörte ich, wie Patrioten sich darüber unterhielten. Der eine schimpfte auf die Sozialdemokraten, der entgegenetzte ihm der andere: „Warum schimpfst Du auf diese? Die bewilligen keine Soldaten aber die Kosten dafür.“ Die Bewilligung vertritt gegen die bei Einbringung der Militärvorlage von uns eingebrachte Protestresolution und gegen unsere Grundsatze.

Genosse Unger wendet sich unter anderem lebhaft gegen die Bewilligung der Dedungsvorlage. Selbst auf die Gefahr hin, daß der Reichstag aufgelöst wäre und vielleicht 60 statt 111 Sozialdemokraten gewählt wären, hätte die Vorlage abgelehnt werden müssen. Die Angst vor einer Neuwahl scheint bestimmend gewesen zu sein. Am Schluß zählt auch die direkte Steuern der Arbeiter. Der Standpunkt der Fraktion läßt sich nicht verteidigen.

Stadthagen führt aus: Die Raiffeiser, der Massenstreik und die Haltung der Fraktion zur Militärvorlage würden auf dem Parteitag eine erhebliche Rolle spielen. In der Raiffeiserfrage stimmte er mit dem Referenten überein. Der Vorwurf, daß die Fraktion keine Obstruktion gegen die Militärvorlage versucht habe, erscheine ihm unberechtigt. Die Obstruktion ist unterlassen, nicht weil man sie nicht wollte, sondern weil man sie infolge der während der Jollarkämpfe vorgenommenen Aenderung der Geschäftsordnung leider nicht machen konnte. Anders steht es mit der Frage der geschäftlichen Behandlung der Militärs- und Dedungsvorlagen. Die Fraktion hat in ihrer Mehrheit sich dagegen ausgesprochen, daß zunächst die Dedungsvorlage erledigt werden sollte. Rahgebend für die Mehrheit war hierbei der Gedanke, dadurch in gerechtere Weise die Besitzenden härter treffen zu können. Redner gehörte zu der Minderheit; er hätte gewünscht, daß zunächst die Dedungsvorlage erledigt würde, weil dadurch die einzige Gelegenheit geschaffen wäre, vielleicht eine Auflösung herbeizuführen, und dadurch die Erzeugung über die immense Militärschuld und die Aufklärung über ihre Kulturschuldlichkeit in die Masse zu tragen. Mitbestimmend für den entgegengesetzten Beschluß, bei dem eine Trennung zwischen links und rechts nicht stattfand, war wohl das Schlagwort von dem schwarz-blauen Blod, und jene Richtung die Jaffe zutreffend als Leitstern bezeichnet habe, die ihren greifbarsten Niederschlag in der Dämpfungspolitik fand und wie ein roter Faden durch sonst Unerklärliches sich hindurchzieht. Diese Richtung werde durch eine auch bei führenden Genossen sich geltend machende Ueberzeugung des Parlamentarismus hervorgerufen. Selbstverständlich haben sämtliche Kollegen im Reichstag geglaubt, durch die von ihnen vertretene Richtung die Interessen der Arbeiterklasse am besten fördern zu können. Viel schlimmer als dieser erste Fehler sei die Zustimmung zu dem Wehrsteuerbeitrag und zu dem Besitzwachstumssteuergesetz gewesen. Eine solche Zustimmung wäre ohne jede Vorbereitung zur Ueberrumpfung der meisten auf dem linken Flügel Stehenden vorgefallen. Er könne der Generalversammlung Rieber-Varnhims, die jenen gegen Sonderkonferenzen gerichteten Beschluß in Chemnitz in die Wege geleitet habe, den Vorwurf nicht ersparen, daß die dadurch herbeigeführte Erschwerung einer Aussprache innerhalb der Fraktion den mit schwacher Mehrheit gefaßten verhängnisvollen Beschluß erleichtert habe. Der einzelne bleibe, wenn er der Kommission nicht angehöre, jetzt ohne intimere Kenntnis der Dinge, so sei er auch davon überrascht worden, daß einige Mitglieder in der Kommission für den Reichstagsbescheid gestimmt haben; einstimmig wendete sich nachher die Fraktion dagegen. In der Fraktionshaltung, in der über die beiden Dedungsvorlagen Beschluß gefaßt wurde, waren 68 Fraktionsmitglieder anwesend. 62, also nur 8 über die Mehrheit der Anwesenden stimmten für die Zustimmung zu den beiden Gesetzen, 37, darunter auch Redner, dagegen 7 wollten, daß die Fraktion sich der Abstimmung enthielte. Diese Abstimmung veranlaßte eine Anzahl Genossen, darunter auch den Redner, sich die Frage vorzulegen, ob sie bei der Abstimmung den Saal verlassen sollten, weil ihrer Ueberzeugung nach der Beschluß nicht nur ein taktischer Fehler, sondern auch ein Verstoß gegen die prinzipielle vom Parteiprogramm und unseren Grundanschauungen getragene Anschauung sei, daß das kapitalistische System und seine Hauptstütze, der Militarismus, nicht gestützt werden, Mittel für dies System nicht bewilligt werden dürfen. Mit Rücksicht darauf, daß eine Enthaltung einer größeren Anzahl Abgeordneter das Signal für eine Spaltung der Partei werden könnte, habe man sich, zumal die Steuerfrage auf der Tagesordnung des Parteitages stehe, entschlossen, dem Beschluß der Fraktion sich zu unterwerfen, wenn eine klare bestimmte Erklärung abgegeben werden würde über unsere Stellung zum Militarismus. Diese Erklärung ist ja dann formuliert. Vorher war beantragt, nochmals in eine Diskussion der so wichtigen, plötzlich angeschnittenen Frage einzutreten. Das wurde aber mit 62 gegen etwa 48 Stimmen leider abgelehnt. Die Mehrheit setzte sich aus Genossen des linken Flügels und aus dem Genossen Bernheim zusammen. Bernheim legte insbesondere an den Verhältnissen in England klar, daß die Aufbringung der Militäraufgaben durch direkte Steuern keineswegs die Zustimmung rechtfertige. Der von der Mehrheit ins Vorderreffen geschobene Grund, daß durch ihre Stellung eine schwerere Belastung der großen Masse abgewendet werde, sei verfehlt. Zunächst hätte unter allen Umständen der Verwendungszweck die Zustimmung verhindern sollen. Oder soll etwa die Fraktion, wie bei der Beratung ausgeführt wurde, für ein Gesetz stimmen, das Mittel verlangt, um gegen die Sozialdemokratie gerichtete Gesetze durchzuführen, z. B. ein Gesetz, das die Fürsorgeerziehung aller Kinder sozialdemokratischer Eltern oder die Verbanung der Reichstagsfraktion nach Cayenne festlegt? Unser grundsätzlicher Kampf gegen das kapitalistische System und gegen das Militärsystem verbietet eine Zustimmung, wie sie die Mehrheit beschloffen hat. Die Wehrsteuer wäre auch ohne Zustimmung der Fraktion mit großer Mehrheit angenommen. Beim Besitzwachstumssteuergesetz stimmten mit 4 290, mit nein 68, der Stimme enthielten sich 20. Das Gesetz wäre also

Genosse Jaffe über die Sonderkonferenzen aufzubeheben. Genosse Jaffe wendet sich in seinem Schlußwort dagegen. So wenig die Sonderkonferenz der Süddeutschen in der Budgetfrage zu billigen war, so wenig sei es die Eisenacher Konferenz des linken Flügels gewesen. Sie hätten hier in Berlin Gelegenheit zur Aussprache. Bezüglich der Stellung zur Militärvorlage bleibe er dabei, daß die Fraktion, wenn sie in ähnlicher Weise wie beim Jollarkampf vorgegangen wäre, die Erregtheit unter den Indifferenten gesteigert hätte.

Der Antrag Rieb wird abgelehnt. Als Delegierte sollen der Generalversammlung vorgeschlagen werden Genosse Jaffe und der Genossin Schulze.

Zur Generalversammlung in Groß-Berlin spricht sich die Versammlung für das 25 Pf. Wochenabonnement aus. Einstimmig wird noch ein Antrag Jaffe angenommen, nach dem die Expeditionshausstellen nicht unter den Löhnen des Mindestgehalts beschäftigt werden sollen.

Unter „Verschiedenes“ wird ein von der Gruppe 54 gestellter Antrag, eine obligatorische Jahresmarke von 10 Pf. für die Perispielen einzuführen, für die nächste Generalversammlung im Oktober zurückgestellt.

Charlottenburg.
Berichtigung der Gemeindegewählertliste.
Der Magistrat gibt bekannt, daß die Liste der stimmfähigen Bürger nach dem für Charlottenburg bestehenden Ortsstatut in der Zeit vom 1. bis 15. August berichtigt wird. Um eine mögliche Vollständigkeit und Richtigkeit dieser Liste zu erreichen, wird anheimgestellt, schon während dieser Zeit die Liste einzusehen. Dieselbe liegt aus in der Geschäftsstelle IV, Uguoner Str. 8a, Portal 1, III, Zimmer 39/40, wochentags von 8—3 Uhr. Es können dabei Anträge schnell geprüft und Richtigstellungen sogleich bewirkt werden. Die eigentliche Offenlegung der Liste erfolgt in der Zeit vom 15. bis 30. August.
In Anbetracht der Tatsache, daß der Kampf um die Stadtverordnetenmandate in diesem Jahre für uns ein überaus anstrengender sein wird, ersuchen wir die Genossen dringend, alles daran zu setzen, daß kein Wahlberechtigter in der Liste, wenn sie abgeschlossen ist, fehlt.
Wir haben nicht nur eine Anzahl Mandate zu verteidigen, sondern die Pflicht, neue zu erobern. Von den 26 der dritten Wählerabteilung zur Disposition stehenden hatten wir nur 18 inne.

Lichtenberg.
Volkskonzerte in Lichtenberg. Wie bereits vor einiger Zeit berichtet, gingen die städtischen Behörden von Lichtenberg mit der Absicht um, Völkner-Konzerte zu mäßigen Eintrittspreisen zu veranstalten. Diese Konzerte sind nunmehr gesichert und werden an folgenden Tagen stattfinden: Sonnabend, den 18. September 1913, Freitag, den 10. Oktober 1913, Sonntag, den 14. Januar 1914, Montag, den 9. Februar 1914. Als Konzertsäle sind die Lokale von Paul Schwarz, Pfälzerstraße, und von Arnold, Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5, in Aussicht genommen.

Ober-Schöneweide.
Spielpartie. Donnerstag, den 31. Juli: Spielpartie nach der Rohlaude. Treffpunkt: Evangelische Kirche nachmittags 2 Uhr.

Jugendveranstaltungen.
Reinickendorf-Ort. Sonntag, den 3. August: Parté nach Reinickendorf. Treffpunkt: Sonnabend, 9 Uhr abends, Bahnhofs-Schmuck. Abfahrt: Bahnhofs-Geländebrennen 10.17 Uhr. Programm für den ganzen Tag mitbringen. Räder und Räderfahrer nicht vergessen.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin S.W.

auch, wenn die 106 Sozialdemokraten, die bei der Abstimmung anwesend waren, mit nein gestimmt hätten, mit 173 gegen 168 angenommen worden. Bei der Entscheidung der Frage „ablehnen oder annehmen?“ mußte aber allerdings in Rücksicht gezogen werden, daß durch unsere ablehnende Haltung das Gesetz vielleicht zu Fall gekommen wäre. Das wäre kein Schaden gewesen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß am letzten Ende auch die direkten Steuern vom Volk getragen werden, und daß die Junker und Großkapitalisten versuchen werden, die kleine Last, die sie nach der Dedungsvorlage zu tragen haben, durch Erhöhung der Zölle dreifach auf die große Menge abzuwälzen. Unpöpsisch ist die Annahme, die bürgerliche Klasse werde an einen Abbau der militärischen Rüstungen heranzutreten, weil die Kosten sie mittreffen. Sie tritt für dieses System als ein Instrument zur Wiederherstellung der arbeitenden Klasse ein. Was wäre denn die Folge gewesen, wenn die Wehrsteuerabgabe abgelehnt worden wäre? Es wäre im Herbst abermals zu einem Kampf gekommen oder es wäre zu einer Auflösung gekommen. Das letztere habe Redner gewünscht und bedauere, den Ausführungen der Vorredner beitreten zu müssen. Auch seine Empfindung geht dahin, die Mehrheit der Fraktion ist von der Furcht vor der Auflösung und vor einem eventuellen Verlust von Mandaten getrieben worden. Solche Furcht sei völlig unbegründet. Aber auch, wenn sie begründet wäre, haben wir unseren Grundsatze und nicht vorübergehenden Vorteilen Rechnung zu tragen. Die Zustimmung zu den Steuervorlagen kann viel größere Nachteile der Partei bringen, viel mehr die Verschleimung ihres Sieges hemmen, als die schlimmste Wahlniederlage. Der Fehler ist nun einmal gegeben, es kommt jetzt darauf an, daß auf dem Parteitag, wo endlich eine klare Stellung zur Steuerfrage genommen werden soll, klipp und klar erklärt wird, daß eine solche Zustimmung mit unserer Grundanschauung nicht übereinstimmt. Man geht klaren Entschloßenheiten in den letzten Jahren genz mit der Wahrung aus dem Wege: die Einigkeit der Partei muß gewahrt bleiben. Gewiß muß die Einigkeit gewahrt bleiben, man wachtet aber die Einigkeit nicht dadurch, daß man die Wahrheit und die Grundanschauungen der Partei leidet läßt.

In der Diskussion ist heute und sonst über Stagnation geklagt. Liegt ein Teil der Erklärung hierfür nicht daran, daß aus der Agitation die für die Arbeiter als Arbeiter wichtigsten, ihnen naheliegendsten Punkte zu sehr entschunden oder in den Hintergrund getreten sind? Die Frage des Massenstreiks ist eine eminent wichtige. Er ist kein Allheilmittel und ein Mittel, bei dessen Anwendung man mit der intensiven Gegenmacht der bürgerlichen Klasse rechnen muß. Die wirtschaftliche Macht des Proletariats sei nicht nur als zur Defensive, sondern auch als zur Offensive tauglich. Allein die Erringung des Wahlrechts in Preußen dürfte schwerlich das Ziel eines Massenstreiks sein können. Es kommt auf die gesamte politische und wirtschaftliche Situation und auf die Notwendigkeit zur Erringung von Vorteilen für die Arbeiterklasse an. Als solche dürften in erster Linie soziale Vorteile, Erringung des Achtundzigtages, Erweiterung und Schutz des Koalitionsrechts in Betracht zu ziehen sein. Sie fördern die Lebensbedingungen des Proletariats und vermögen auch die Masse zu begeistern. Die Art, wie Genosse Frank die Massenstreiks nach den Zeitungsberichten propagieren will: mal im Norden, mal im Süden, mal im Osten, mal im Westen streifen, ist eine Spielerei. Wer den Massenstreik will, muß auch mit einem verlorebenen Streik rechnen und mit den immensen Opfern, die sich ein Verlust noch sich zieht und über die Kreise der einzelnen hinaus nach sich ziehen kann. Die Situation, wenn ein Generalstreik zur Anwendung gelangen kann, können wir nicht schaffen. Sie wird aber kommen, denn die Gegensätze spitzen sich immer gewaltiger aus. Der Massenstreik kann nicht kommandiert werden, er muß von unten heraus mit der Entschlossenheit zu einem bestimmten Ziel dringen. Möge der Jenaeer Parteitag größere Klarheit auf diesem Gebiete schaffen und auch die Waffe des Proletariats schlagbereit machen.

Genosse Waj stellt den Antrag, den Chemnitzer Beschluß über die Sonderkonferenzen aufzubeheben. Genosse Jaffe wendet sich in seinem Schlußwort dagegen. So wenig die Sonderkonferenz der Süddeutschen in der Budgetfrage zu billigen war, so wenig sei es die Eisenacher Konferenz des linken Flügels gewesen. Sie hätten hier in Berlin Gelegenheit zur Aussprache. Bezüglich der Stellung zur Militärvorlage bleibe er dabei, daß die Fraktion, wenn sie in ähnlicher Weise wie beim Jollarkampf vorgegangen wäre, die Erregtheit unter den Indifferenten gesteigert hätte.

Der Antrag Rieb wird abgelehnt. Als Delegierte sollen der Generalversammlung vorgeschlagen werden Genosse Jaffe und der Genossin Schulze.

Zur Generalversammlung in Groß-Berlin spricht sich die Versammlung für das 25 Pf. Wochenabonnement aus. Einstimmig wird noch ein Antrag Jaffe angenommen, nach dem die Expeditionshausstellen nicht unter den Löhnen des Mindestgehalts beschäftigt werden sollen.

Unter „Verschiedenes“ wird ein von der Gruppe 54 gestellter Antrag, eine obligatorische Jahresmarke von 10 Pf. für die Perispielen einzuführen, für die nächste Generalversammlung im Oktober zurückgestellt.

Charlottenburg.
Berichtigung der Gemeindegewählertliste.

Der Magistrat gibt bekannt, daß die Liste der stimmfähigen Bürger nach dem für Charlottenburg bestehenden Ortsstatut in der Zeit vom 1. bis 15. August berichtigt wird. Um eine mögliche Vollständigkeit und Richtigkeit dieser Liste zu erreichen, wird anheimgestellt, schon während dieser Zeit die Liste einzusehen. Dieselbe liegt aus in der Geschäftsstelle IV, Uguoner Str. 8a, Portal 1, III, Zimmer 39/40, wochentags von 8—3 Uhr. Es können dabei Anträge schnell geprüft und Richtigstellungen sogleich bewirkt werden. Die eigentliche Offenlegung der Liste erfolgt in der Zeit vom 15. bis 30. August.

In Anbetracht der Tatsache, daß der Kampf um die Stadtverordnetenmandate in diesem Jahre für uns ein überaus anstrengender sein wird, ersuchen wir die Genossen dringend, alles daran zu setzen, daß kein Wahlberechtigter in der Liste, wenn sie abgeschlossen ist, fehlt.

Wir haben nicht nur eine Anzahl Mandate zu verteidigen, sondern die Pflicht, neue zu erobern. Von den 26 der dritten Wählerabteilung zur Disposition stehenden hatten wir nur 18 inne.

Lichtenberg.
Volkskonzerte in Lichtenberg. Wie bereits vor einiger Zeit berichtet, gingen die städtischen Behörden von Lichtenberg mit der Absicht um, Völkner-Konzerte zu mäßigen Eintrittspreisen zu veranstalten. Diese Konzerte sind nunmehr gesichert und werden an folgenden Tagen stattfinden: Sonnabend, den 18. September 1913, Freitag, den 10. Oktober 1913, Sonntag, den 14. Januar 1914, Montag, den 9. Februar 1914. Als Konzertsäle sind die Lokale von Paul Schwarz, Pfälzerstraße, und von Arnold, Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5, in Aussicht genommen.

Ober-Schöneweide.
Spielpartie. Donnerstag, den 31. Juli: Spielpartie nach der Rohlaude. Treffpunkt: Evangelische Kirche nachmittags 2 Uhr.

Jugendveranstaltungen.
Reinickendorf-Ort. Sonntag, den 3. August: Parté nach Reinickendorf. Treffpunkt: Sonnabend, 9 Uhr abends, Bahnhofs-Schmuck. Abfahrt: Bahnhofs-Geländebrennen 10.17 Uhr. Programm für den ganzen Tag mitbringen. Räder und Räderfahrer nicht vergessen.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin S.W.